

Einwohnerratssitzung 2007/2008
Protokoll Nr. 9

Sitzungsdatum Donnerstag, 26. Juni 2008
Sitzungszeit 08:00 Uhr bis 11:45 Uhr / 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstr. 15, Kriens

Protokoll Direktwahl	Yvonne Rösli 041 329 63 09	27. Juni 2008
-------------------------	-------------------------------	---------------

Anwesend	Präsident	Brunner Joe
	Einwohnerrat	28 Mitglieder
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Solari Guido
	Protokoll	Burkhart Petra Rösli Yvonne Sigrist Andrea
Entschuldigt	Einwohnerrat	Müller Ursula

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 398 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 7 vom 17. April 2008</u> | | Seite 398 |
| 3. | <u>Postulat Müller und Mitunterzeichnende: Minergie-P-Standard für das neue Verwaltungsgebäude Kriens</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme</i> | Nr. 238/07 | Seite 399 |
| 4. | <u>Motion Konrad namens der FDP-Fraktion: Vitamin für unser Zentrum – Ein Pilatussaal für die Krienser</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme als Postulat</i> | Nr. 243/08 | Seite 401 |
| 5. | <u>Bericht: Zentrumsentwicklung Kriens - Planungsbericht Kulturstätten und Bericht zum Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum</u> | Nr. 281/08 | Seite 404 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag: Zentrumsentwicklung Kriens - Architekturwettbewerb für die Areale Gemeindehaus und Teiggi sowie die Grundstücke der Luzerner Pensionskasse LUPK</u> | Nr. 284/08 | Seite 413 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag: Neue Geschäftsordnung des Einwohnerrates (2. Lesung)</u> | Nr. 257/08 | Seite 420 |
| 8. | <u>Bericht und Antrag: Genehmigung der Organisationsverordnung und Kenntnisnahme der Geschäftsordnung des Gemeinderates</u> | Nr. 280/08 | Seite 429 |
| 9. | <u>Bericht: Rückblick Legislaturprogramm 2004 - 2008</u> | Nr. 279/08 | Seite 431 |
| 10. | <u>Bericht und Antrag: Abrechnung Baukredit Schüelerhort / Mittagstisch Heinrich Walther-Haus</u> | Nr. 265/08 | Seite 434 |
| 11. | <u>Bericht und Antrag: Bau- und Investitionskostenabrechnung Integrierter Informatikunterricht an der Primarstufe</u> | Nr. 266/08 | Seite 434 |
| 12. | <u>Bericht und Antrag: Teilrevision des Reglements über das St. Niklausenklöpfen</u> | Nr. 258/08 | Seite 435 |
| 13. | <u>Motion Dalla Bona namens der FDP-Fraktion: Arbeit vor Sozialhilfe</u>
<i>Antrag Gemeinderat: Entgegennahme und Abschreibung</i> | Nr. 250/08 | Seite 436 |
| 14. | <u>Verabschiedungen</u>
- Mitglieder der Schulpflege
- Mitglieder des Einwohnerrates
- Mitglieder des Gemeinderates | | Seite 439 |

Neueingänge

- Nr. 283/08 Interpellation Nyfeler und Mitunterzeichnende: "Lehrpersonenmangel?"
Eingang: 15.05.2008
- Nr. 284/08 Bericht und Antrag: Zentrumsentwicklung Kriens - Architekturwettbewerb für die Areale Gemeindehaus und Teiggi sowie die Grundstücke der Luzerner Pensionskasse LUPK
- Nr. 285/08 Interpellation Piazza: Dürfen gewählte Gemeinderäte Wahlvorschläge für andere Gemeinderatskandidierende unterzeichnen?
Eingang: 02.06.2008
- Nr. 286/08 Interpellation Birrer: Transparenz in der Fusionsfrage
Eingang: 23.06.2008

1. Mitteilungen

Joe Brunner begrüsst alle Anwesenden. Die letzte Ratssitzung in dieser Legislatur steht heute für einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf dem Programm. Für die einen ist es eine Erlösung, für andere eher mit Wehmut verbunden und für wieder andere eine unter vielen. Für den Sprecher ist es definitiv die letzte als Ratspräsident. Trotzdem freut er sich nochmals, dem Einwohnerrat vorzustehen und die Sitzung leiten zu dürfen. Den letzten Schwung zur heutigen Sitzung haben alle, welche auf dem Einwohnerratsausflug waren, sicherlich mitgenommen. Von der Presse ist heute Herr Graber von der NLZ anwesend.

Ursula Müller hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Mittagspause ist von 12:00 Uhr bis 13:30 Uhr geplant.

Helene Meyer-Jenni teilt mit, dass der Gemeinderat am Mittwoch die Departementverteilung wie folgt vorgenommen hat:

Baudepartement	Matthias Senn
Finanzdepartement	Paul Winiker
Präsidial- und Bildungsdepartement	Helene Meyer-Jenni
Sozialdepartement	Lothar Sidler
Umwelt- & Sicherheitsdepartement	Cyrill Wiget

Vizepräsident des Gemeinderates ist neu Paul Winiker.

2. Protokoll Nr. 7 vom 17. April 2008

Nachdem keine schriftlichen Änderungsanträge eingereicht wurden, wird das Protokoll Nr. 7 vom 17. April 2008 genehmigt und verdankt. Joe Brunner bedankt sich im Namen des Einwohnerrates für die immer detailgenaue Verfassung des Protokolls.

3. Postulat Müller und Mitunterzeichnende: Minergie-P-Standard für das neue Verwaltungsgebäude Kriens Nr. 238/07

Gemäss Bernadette Hauser, welche Ursula Müller vertritt, wird Energie je länger je kostbarer. Wichtig ist es, dass man zu allen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, Sorge trägt und damit verantwortungsvoll umgeht. Für das Gemeindewesen ist der Einwohnerrat aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und verantwortungsvolles Handeln umzusetzen und zur Schonung der Umwelt und der Ressourcen beitragen. Die Gemeinde hat Vorbildcharakter. Minergie-P ist ein eigenständiges Gebäudekonzept, das sich am niedrigen Energieverbrauch orientiert und bereits vielfach erprobt ist. Der Standard Minergie-P weist noch einen tieferen Energieverbrauch aus, als Minergie, und die Anforderungen sind grösser (z.B. dreifache Wärmeschutzverglasung oder A-Haushaltgeräte). Seit 2002 werden Gebäude in der Schweiz nach Minergie-P zertifiziert. Minergie-P gewinnt zunehmend an Beachtung. Ein Beispiel aus der Region: Das dreistöckige geplante Verwaltungsgebäude der CKW in Rathausen wird in diesem Standard gebaut. Minergie-P ist das schweizerische Label zum Passivhaus-Standard. Es stellt hohe Anforderungen an das Komfortangebot, die Wirtschaftlichkeit und die Ästhetik. In der Gesamtenergiestatistik der Schweiz sind Gebäude mit etwa 30 % enthalten. Mittel- oder langfristig muss da angesetzt werden, um Energieeinsparungen zu machen. Mit Minergie-P gelingt es, 80 % Heizenergie zu sparen, ohne konventionelles Heizsystem. Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist in diesem Standard erforderlich. Hier kann man den Nachfahren zuliebe ansetzen, Verantwortung zu übernehmen. Die Volksmotion: „Förderung erneuerbarer Energien bei den geplanten Zentrumsbauten“ von der Groupe Politique 60+ (GP 60+) hat mit ihrer Unterschriftensammlung das gleiche Anliegen wie in diesem Postulat aufgenommen. Die erhaltenen Unterschriften unterstreichen das Anliegen und zeigen, dass von weiten Bevölkerungskreisen ressourcenschonendes Bauen unterstützt und gefordert wird und bei der Realisierung ein finanzieller Mehraufwand in Kauf genommen wird. Minergie-P - Bauten zeichnen sich durch eine wesentlich höhere Werterhaltung aus. Zudem wird den Kriterien bezüglich der Gesundheit und dem Wohlbefinden grosse Beachtung geschenkt. Die Gemeinde Kriens soll beim Bau des Zentrums ein Zeichen setzen und im Minergie-P-Standard bauen. Die Postulantin und mit ihr die CVP-JCVP/Fraktion bitten den Einwohnerrat, das Anliegen zu unterstützen.

Bruno Peter stellt fest, dass am 29. November 2007 der Einwohnerrat die Motion "Minergie-Standard für gemeindeeigene Gebäude überwiesen hat. In den Ausführungen des Gemeinderates wurde erwähnt, dass bereits im Wettbewerbsverfahren für das Dienstleistungszentrum der Minergie-Standard Bestandteil des Wettbewerbsprogramms war. Es wird also bereits heute den Forderungen der überwiesenen Motion nachgelebt. Mit dem vorliegenden Postulat wird jetzt ein nochmals höherer Qualitätsstandard verlangt. Dies ist natürlich möglich, jedoch mit klar höheren Investitionskosten verbunden. Bei Investitionskosten von 20 Millionen Franken bedeutet dies ca. 2 Millionen Franken. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Frage des Qualitätsstandards im Energiebereich, wie sicher noch viele andere Fragen im finanziellen und Planungsbereich, bei der Erarbeitung des Baukredits im Detail zu prüfen ist. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Gemäss Robert Thalmann namens der SVP-Fraktion werden bei der Erstellung eines Gebäudes nach Minergie-P-Standard die Anforderungen an die Energieeffizienz gegenüber dem normalen Minergie nochmals deutlich erhöht. Ziel ist die Halbierung des Heizaufwandes. Ein manuelles Lüften ist nicht mehr möglich. Der Einsatz von Photovoltaik ist zwingend vorgeschrieben. Beispielsweise wurde bei der Schulanlage St. Martin in Sursee ein Mehraufwand von Franken 400'000 errechnet. Dies bei Baukosten von Franken 12.6 Mio. Die Minderkosten für weniger Energieverbrauch erreichen die Mehrkosten nicht. Es bestehen entgegen den Behauptungen

der Postulantin noch nicht genügend Erfahrungen mit dieser Bauweise. 100 Objekte, meist Wohnbauten, sind zu wenig aussagekräftig. Die SVP ist ebenfalls für Energiesparen. Das kann aber auch ohne Minergie-P-Standard erfolgen. Man will dem Gemeinderat hier freien Raum lassen. Wie in Sursee sollte dem Volk in jedem Fall eine Variantenabstimmung vorgelegt werden, damit die Steuerzahlenden bei dieser Frage das letzte Wort haben. Die SVP stört sich am letzten Satz des Postulats: *Wir fordern den Gemeinderat auf... zu realisieren*. Dies ist eine Forderung und entspricht einer Motion. Postulieren heisst prüfen und dagegen hat die SVP nichts.

Matthias Senn namens der FDP-Fraktion unterstützt die Forderung für Minergie-Standard beim Zentrumsbau und verweist auf das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 29. November 2007. Dies ist heute eine technische Selbstverständlichkeit und bei Neubauten sehr gut realisierbar. Aus diesem Grund wird die FDP das Postulat überweisen. Der Sprecher verweist auf die Volksmotion der GP 60+. Die Forderungen der Volksmotion gehen noch einen Schritt weiter. Es wird für die Zentrumsbauten ein Energie-Gesamtkonzept verlangt, in welchem auch erneuerbare Energien einbezogen werden, wie geothermische Energie, Biomasse oder die Nutzung von Abwärme. Es wird ein energietechnisches Gesamtpaket geben.

Hansruedi Kunz freut sich, dass das Postulat auf positives Echo stösst. Der Gemeinderat ist bereit, zu prüfen und dies ist auch der Sinn des Vorstosses. Es müssen auch die Betriebskosten angeschaut werden und nicht nur die Investitionskosten. Das Postulat muss nicht abgeändert werden.

Gemäss Erich Tschümperlin hat die SP/Grüne-Fraktion mit Freude festgestellt, dass ihre Motion Nr. 181/2007 Minergie für die Gemeinde Kriens die CVP/JCVP-Fraktion animiert hat, sich vertieft mit dem Thema Minergie auseinander zu setzen. Wie im Postulat erwähnt, ist dies Stand der Technik. Die Gemeinde, für die verantwortungsbewusstes Verhalten nicht nur eine leere Floskel ist, kann auf diese Weise einen wertvollen Beitrag für eine bessere Umwelt leisten. Es ist aber auch eine Frage der Effizienz. Effizienter Umgang mit Heizenergie heisst Minimierung der Energieverschwendung. Und kleinerer Energieverbrauch heisst weniger Betriebskosten. Heizkosten sind je länger je weniger ein vernachlässigbarer Kostenfaktor, wie viele in den letzten Monaten und Jahren am eigenen Geldbeutel erfahren mussten. Sparen beginnt heute beim Bauen und nicht erst im Betrieb. Wenn man richtig Energie sparen will, muss das Gebäude dafür konzeptionell vorbereitet sein. Energiesparmassnahmen nach der Fertigstellung von Gebäuden sind Pflasterlipolitik, deshalb ist Minergie-P-Standard für das Krienser Zentrum der einzige richtige Weg.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt dem Sprecher persönlich zurück: Hätte sich die CVP/JCVP-Fraktion ein bisschen früher mit dem Thema auseinandergesetzt, hätte die SP/Grüne-Fraktion ihre Motion nicht verwässern und die Forderung nach Minergie für Sanierungen/Erneuerungen fallen lassen müssen. Mit der Unterstützung der CVP/JCVP-Fraktion hätte man auch hier einen weiteren, wichtigen Beitrag zu verantwortungsvollem Bauen und einem nachhaltigen Erbe leisten können. Selbstverständlich unterstützt die SP/Grüne-Fraktion das Postulat voll und ganz.

Abstimmung

Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

4. Motion Konrad namens der FDP-Fraktion: Vitamin für unser Zentrum – Ein Pilatusaal für die Krienser Nr. 243/08

Das optimistische Anliegen von Simon Konrad, er geht nämlich davon aus, dass "Cocon" realisiert werden kann, betrifft das Nachher: das Leben in Kriens mit "Cocon", den Betrieb und nicht die Investition, über die der Einwohnerrat im nächsten Traktandum sprechen wird. Der Sprecher dankt dem Gemeinderat, dass einige seiner Gedanken sogar in das Gesamtpaket, den nachfolgenden Bericht und Antrag eingeflossen sind. Den Anstoss zu seiner Motion hat ein Gespräch mit Exponenten der Gemeinde Meggen gegeben. Das neue Gemeindezentrum hat dazumal die Gemüter stark erhitzt. Man war unzufrieden mit dem Reglement, und die Folge daraus war ein leeres, schlecht ausgelastetes Gemeindezentrum. Die Gemeindeversammlung hat dann mit 300:13 Stimmen einer Luxus-Fassung, mit je 10 Gratismieten inkl. Hausabwart pro Verein und Jahr zugestimmt und seither ist Leben im Zentrum.

Die Realisierung des Zentrumsprojektes, das nun schon bald auf eine 10-jährige Geschichte zurückblickt und eine wahre Chance für Kriens darstellt, wünschen sich alle. Das Siegerprojekt Cocon ist ein gelungener Wurf und für die weitere Entwicklung von Kriens und von grosser Bedeutung. Es gibt dem Ortszentrum jenen Stellenwert, den Kriens «als Dorf mit Stadtgrösse» benötigt - mit oder ohne Fusion. Alle wissen, wenn das Projekt nicht realisiert werden kann, wird man die nächsten 20 Jahre ohne Veränderung im Zentrum hinnehmen müssen. Das kann nicht im Interesse der Krienser Bevölkerung sein.

Der Bericht der Kulturstättenplanungskommission zeigt auf, dass eine Mehrheit sich Sorgen über ihre Zukunft macht. Die Leute haben Angst, dass sie keinen Platz mehr haben. Initiative Gruppierungen, die das Zentrum mit Leben erfüllen, befürchten, dass sie die Benutzungsgebühren nicht mehr bezahlen können. So weit darf es nicht kommen. Es müssen zusammen die richtigen Benutzungsgebühren im Voraus festgelegt werden.

Der ideale Zeitpunkt für die Einbindung der Nutzergruppen ist nach dem Entscheid zum Plankredit. Es macht zum heutigen Zeitpunkt bestimmt keinen Sinn, Stimmen einzufangen. Allerdings sollten die Konditionen mit den Nutzergruppen vor der Volksabstimmung zum Baukredit definiert werden.

Simon Konrad ist überzeugt, dass die Zustimmung zu dieser Motion einen Beitrag zur Realisierung des Projektes leisten wird.

Gemäss Bruno Peter bezieht sich auch dieser Vorstoss auf das geplante Dienstleistungsgebäude auf dem Pilatusareal. Gefordert wird, dass die Mietpreise von Sälen, Infrastruktur und Vorplätzen im vorneherein, also vor Realisierung des Zentrums definiert werden. Diese Forderung ist aus dem Blickwinkel der Vereine und möglichen Nutzern verständlich und nachvollziehbar. Auch der Gemeinderat geht davon aus, dass die Mietpreise und Benutzungsgebühren nicht nur im Gemeindezentrum, sondern auch im neuen Kulturzentrum für Jugendliche und Vereine erschwinglich und dem Niveau der umliegenden Gemeinden angepasst sein müssen. Vorgesehen ist – analog z.B. der Krauerhalle – dass die zukünftigen Nutzer (Vereine, Jugendliche) in Nutzergruppen oder Echoräumen das Projekt begleiten. Mit der Erarbeitung des Baukredites werden neben den Investitionskosten auch die Betriebsrechnung mit den entsprechenden Mieterwartungen zu diskutieren sein. Für die Realisierung des Zentrumsprojektes ist eine breite Abstützung, wie in der Motion erwähnt, unabdingbar und Voraussetzung. Ob allerdings die Mietpreise für Saal- und Infrastrukturnutzungen bereits vor Erstellung des Projektes definitiv festgelegt und geregelt werden können, ist fraglich und wird mit der Erarbeitung der Botschaft zu

prüfen sein. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Gemäss Judith Luthiger steht die SP/Grüne-Fraktion hinter dem Anliegen. Sie will ein attraktives Zentrum und das Siegerprojekt Cocon überzeugen. Der Mehrzweck-Saal soll den Krienser Vereinen vielfältige Möglichkeiten für die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen bieten. Diese beleben das Zentrum und sind wichtig für die Krienser Bevölkerung. Kultur ist Leben, Kultur heisst auch sich wohlfühlen. Ebenfalls unterstützt sie, dass die Benutzungsgebühren attraktiv gestaltet werden, damit die Vereine die Mieten auch zukünftig bezahlen können. Auch bei den Turnhallen hat die Fraktion damals für benutzerfreundliche Gebühren gekämpft. Es ist auch eine Interpellation aus ihren Reihen hängig, welche zur Dauervermietung des Scalas kritische Fragen stellt.

In der Planungsphase sollen die Vereine eingebunden werden, damit eine optimale Infrastruktur geplant und umgesetzt werden kann. Selbstverständlich gehören dazu auch die Aussenanlagen. Vielleicht treffen sich Herr und Frau Kriens im Park neben dem neuen Zentrum und geniessen einen Kaffee im Gartenrestaurant im Grünen, mitten im Herzen von Kriens? Kriens braucht dringend eine Vitaminspritze im Zentrum. Die Forderung, die Bestimmungen und die Mietpreise jedoch schon in der jetzigen Planungsphase zu definieren, geht definitiv zu weit. Die Sprecherin nennt folgendes Beispiel: Man will einen Mantel für die Frühlingssammlung 2011. Der Modedesigner muss ihn erst noch entwerfen. Man will aber schon wissen, wie teuer dieser zu stehen kommt, ohne zu wissen, welche Stoffe der Designer für den Mantel vorsieht, Leder oder Baumwolle oder anderes Material.

So ähnlich stellt sich Judith Luthiger das Dilemma des Gemeinderates vor, der in der jetzigen Planungsphase bereits Nutzungsbestimmungen und Mietpreise definieren müsste. Der Gemeinderat muss diese Arbeit in Angriff nehmen, aber erst wenn die Zeit reif dafür ist, wenn die Planung weiter fortgeschritten ist. Und er sollte so gestalten, dass die Benutzungsgebühren für alle bezahlbar sind. Im Bericht Zentrumsentwicklung Kriens wird denn auch vorgeschlagen, die Zentrumskommission mit Fachleuten zu ergänzen, damit diese solche Umsetzungsaufgaben in der Planungs- und Realisierungsphase prüfen können. Die SP/Grüne-Fraktion unterstützt nur einzelne Teile der Motion und will sie deshalb als Postulat überweisen.

Für Louis Rey namens der SVP-Fraktion ist klar, dass bei der Realisierung der Zentrumsüberbauung der Saal als Herzstück eine moderne Infrastruktur aufweisen wird. Die Befürchtung von hohen Saalmieten ist somit relevant. Die Saalmieten sollen den Krienser Vereinen, die jährliche Veranstaltungen durchführen, einer speziellen Gebührenrechnung unterliegen. Diese Vereine sind die tragenden Elemente, als Saalnutzende. Eine breite und finanziell tragbare Nutzung des Saals durch die Krienser Vereine wäre im Interesse aller. Die SVP unterstützt die Motion.

Gemäss Viktor Bienz will auch die CVP/JCVP-Fraktion ein beliebtes Zentrum im Herzen von Kriens. Es ist richtig, wenn man das Projekt Cocon in der Bevölkerung breit abstützt, damit es von ihr getragen wird. Dafür müssen auch die Voraussetzungen so geschaffen werden, dass es für die allfälligen Benutzer bedarfsgerecht ist und die Mieten den einzelnen Vereinen angepasst werden. Um dies zu erreichen, müssen die Wünsche und Bedürfnisse von Vereinen und Gruppierungen in Erfahrung gebracht werden. Die CVP/JCVP-Fraktion ist dafür, dass man die Motion als Postulat überweist.

Räto Camenisch stellt fest, dass Kriens mit der Zentrumsentwicklung ein grosses Projekt plant, welches noch nie in einem solchen Ausmass stattgefunden hat. Die Motion ist der Kern des Ganzen. Die Nutzung kann das Projekt gefährden. Wenn man jetzt schon den Nagel einschlägt, kann die Angst der Bevölkerung genommen werden und sie bekommt eine positive Einstellung zum Projekt. Die Leute dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie übergangen werden. Der Vorstoss soll als Motion überwiesen werden.

Simon Konrad dankt Räto Camenisch für die unterstützenden Worte. Alle, die Erfolg haben, planen ihre Preislage und schauen, wie sie zum Ziel kommen. Es wäre ein positives Signal für die Vereine und gäbe Motivation und Unterstützung zum geplanten Projekt. Die Motion soll als solche überwiesen werden.

Nicole Nyfeler stellt sich die Frage, mit welchen Infrastrukturen man die Säle mietet. Sie ist sich nicht sicher, ob man dies bereits schon heute regeln kann. Der Gemeinderat soll auch dies mit den Vereinen anschauen.

Abstimmung Überweisung als Motion:
14:14 Stimmen

Erneute Abstimmung Überweisung als Motion:
15:14 Stimmen, mit Stichentscheid von Joe Brunner, nicht als Motion überweisen.

Simon Konrad verlangt die Überweisung der Motion als Postulat.

Abstimmung Überweisung als Postulat:
Die Motion wird einstimmig als Postulat überwiesen.

Stimmzählerin Johanna Dalla Bona verlangt Rückkommen. Sie stellt fest, dass sich Daniel Piazza bei der 1. Abstimmung seiner Stimme enthalten hat. Somit wäre das Resultat 14:13 für die Motionsüberweisung.

Daniel Piazza bejaht dies.

Joe Brunner stellt fest, dass dem Rückkommen nicht opponiert wird und lässt nochmals über die Motion abstimmen.

Abstimmung Überweisung als Motion:
Mit 14:13 Stimmen wird die Motion überwiesen.

5. Bericht: Zentrumsentwicklung Kriens - Planungsbericht Kulturstätten und Bericht zum Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum Nr. 281/08

Gemäss Franz Baumann begegnet die Baukommission diesem Jahrhundertprojekt mit grossem Respekt, weil es nicht nur viel kostet, sondern mit vielen Emotionen verbunden und deshalb politisch brisant ist. Es ist nötig, möglichst alle Betroffenen ins gleiche Boot zu kriegen. Für die Baukommission sind die meisten der gemachten Vorschläge nachvollziehbar. Die Einschränkung „die meisten“ steht nicht dafür, dass man mit einzelnen Beurteilungen generell nicht einverstanden ist, sondern dahinter stecken vermutlich persönliche Präferenzen einzelner. Die Zahlen des Büros für Bauökonomie sind für viele „das Entscheidende“, doch der Kultur an sich soll – neben Franken und Rappen – doch auch mit dem nötigen Respekt begegnet werden.

Die Frage der Feuerwehr steht für viele im Vordergrund, doch darüber kann im nächsten Traktandum vertieft debattiert werden. Eines möchte er aber präzisieren, weil Medienberichte für Fragezeichen gesorgt haben: Der Begriff „Teiggi-Areal“ darf nicht mit dem Planungssperimeter verwechselt werden. Das heisst, die Feuerwehr muss nicht auf das jetzige Teiggi-Areal zu stehen kommen, es ist aber denkbar, dass sie innerhalb des gesamten Perimeters angesiedelt werden kann. Der Planungssperimeter geht bis hinauf zum Werkgelände der VA Tech an der Waldheimstrasse.

Für die Aussenplätze stehen noch keine konkreten Pläne zur Verfügung, doch man darf annehmen, dass im Vorhof des „Cocons“, auf dem Turnmätteli und im Innenraum des neuen Kultur-Standortes Schappe-Süd einiges denkbar ist. In diesem Sinne nimmt die Baukommission den Bericht zur Kenntnis.

Matthias Senn hält fest, dass die VBK den vorliegenden Planungsbericht primär aus Sicht der Bedürfnisse für die Kultur, sekundär aber auch aus betrieblicher, bautechnischer und finanzieller Optik würdigt. Zum Abschluss ihrer Tätigkeit herrschte innerhalb der VBK weitgehende Einigkeit betreffend Qualität des vorliegenden Berichtes und dem weiteren Vorgehen in der Kulturstättenplanung. Die VBK nimmt einstimmig zustimmend Kenntnis vom Bericht Kulturstätten mit dem Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum.

Die vorliegende Kulturstättenplanung ist eine sehr gute Zusammenstellung des Ist-Zustandes und der Bedürfnisse für Verbesserungen von Infrastrukturen im Kulturbereich. Der Bericht ist differenziert und hat die gleiche Qualität wie der viel gelobte Sportstätten-Planungsbericht. Auch die Untersuchung des Büros für Bauökonomie wird als wertvoll beurteilt. Allgemein wird begrüsst, dass für die Jugend und die Kultur genügend Platz geschaffen wird und dass man Feuerwehr und Kultur auseinander hält.

Aus Gesamtsicht der Zentrumsentwicklung ist der Standort Schappe Süd richtig. Dieser Standort wird unter Abwägung aller Aspekte von allen Kommissionsmitgliedern begrüsst. Man ist aber froh, dass der Gemeinderat auf die Argumente der Kulturstätten-Planungskommission, die sich für den Standort Teiggi ausgesprochen hat, eingegangen ist und mit dem Bericht des Büros für Bauökonomie eine Gesamtschau hat erstellen lassen. Die Kommission ist der Meinung, dass die Feuerwehr neben dem Werkhof aus dem Areal Schappe Süd ausziehen soll, damit Konflikte vermieden werden können. Bei so viel Freude über die guten Vorschläge müssen aber auch die politischen Risiken ernst genommen werden. Die Kulturstättenplanung ist Teil der Zentrumsentwicklung, die für das Zentrum von Kriens grosse Chancen beinhaltet. Es braucht

nicht neue Kultur- und Jugendräume, weil das heutige Angebot schlecht ist, sondern weil die heutigen Angebote dem Dienstleistungszentrum auf dem Pilatus-Areal und einer Überbauung auf dem Teiggi-Areal weichen müssen. Das Projekt ist ohne Desinvestitionen kaum zu finanzieren, so wird es von der VBK als richtig beurteilt, dass die Desinvestitionen politisch gleichzeitig mit den Investitionen beschlossen werden. Weitere Anregungen aus der Kommission betreffen die Etappierung, die man noch einmal anschauen sollte und der Einbezug des Gemeindehauses für die Räumlichkeiten der Musikschule.

Helene Meyer-Jenni teilt mit, dass der vorliegende Bericht zur Zentrumsentwicklung Kriens mit dem Planungsbericht Kulturstätten und dem Bericht zum Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum als wichtiger Meilenstein in der Abfolge eines wichtigen Veränderungs- und hoffentlich auch Verbesserungsprozesses für das Krienser Zentrum betrachtet werden kann bzw. muss. Man kann sogar so weit gehen und von einem Jahrhundert-Projekt sprechen, das bereits seit einigen Jahren entwickelt worden ist und heute in seiner Grundausrichtung und den Vorgehensschritten Bestätigung erfahren soll.

Mit dem Studienauftrag Zentrum und dem Siegerprojekt "Streetlife" ist die Grundlage für den Richtplan gelegt worden, welcher vom Einwohnerrat und vom Regierungsrat genehmigt wurde. Als nächster Schritt hat der Wettbewerb über das Pilatus-Areal ausgelöst werden können. Mit dem Siegerprojekt "Cocon" hat das Krienser Zentrum vorerst auf dem Papier ein neues Gesicht erhalten.

Bei all diesen Schritten ist klar, dass es sehr viele Beteiligte und hoffentlich im positiven Sinne Betroffene der Zentrumsentwicklung gibt. Diese Feststellung mag auch der Auslöser für die Motion der CVP/JCVP gewesen sein, die im September 2005 überwiesen wurde und einen Kulturstättenplanungsbericht unter Einbezug breiter Bevölkerungskreise gefordert hatte. Mit dem Planungsbericht Zentrumsentwicklung hat der Gemeinderat im Mai 2006 das Grobkonzept und den Fahrplan für die einzelnen Schritte vorgestellt und wichtige Aussagen zu den Standorten von Jugend und Kultur gemacht.

Im November 2006 hat die Kulturstättenplanungskommission (KPK) ihre Arbeit aufgenommen. In der KPK sind die verschiedensten Interessen, die sich in Bezug auf Kultur- und Jugendstandorte darstellen, aufgenommen worden, so dass eine grosse Kommission mit vielfältigen Gesichtspunkten entstanden ist. Der Auftrag an die KPK bestand darin,

- eine Bestandesaufnahme der Kulturstätten und Kulturangebote zu machen,
- ein Blick über die Gemeindegrenzen hinaus zu werfen,
- eine Beurteilung der aktuellen Situation vorzunehmen,
- eine Einschätzung der voraussichtlichen Veränderungen durch die Zentrumsrealisierung vorzunehmen,
- eine sogenannte Soll-Situation zu definieren,
- Massnahmen zur Zielerreichung vorzuschlagen.

Entstanden ist ein sehr umfangreiches Werk, das auf einer weit reichenden Umfrage und deren vielfältigen Resultaten basiert. Viele dieser Informationen gehen weit über die Zentrumsrealisierung hinaus und müssen in verschiedensten Formen – nicht nur in der Zentrumsentwicklung – in die Gesamtbetrachtung von Gemeinde- und Einwohnerrat aufgenommen werden. Obwohl einige "kritisch konstruktive" Fragen und Empfehlungen aus dieser Arbeit resultieren, kann die Schlussfolgerung gemacht werden, dass sich die Krienser Kulturschaffenden und das entsprechende Publikum im Grundsatz wohl, zufrieden und mehr oder weniger gut ausgestattet sieht. Dies wiederum hat zur Folge, dass nicht komplett neue, überraschende Forderungen gestellt

wurde, sondern vom heute Bestehenden abgeleitet wird und dieses mehr oder weniger konkret in neuen Gebäuden und/oder an neuen Standorten auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden soll.

Die Resultate der Umfrage lassen weiter den Schluss zu, dass in Kriens ein vielfältiges Kulturangebot, insbesondere durch die zahlreichen Vereine und Organisationen zur Verfügung steht.

Die Empfehlungen der KPK sieht folgende Massnahmen vor:

- ein grosser Saal als Ersatz für den Pilatussaal
- ein mittlerer, sogenannt "niederschwelliger" Saal als Ersatz zum Scala und Gemeindegewerkschaften
- Jugendkulturräume, mit einem zeitgemässen Jugendkulturzentrum
- als Ersatz für die Galerie Kriens Ausstellungsräume
- Musikschulräume, vorzugsweise zentralisiert und die zu Verbesserungen des Musikschulbetriebes führen sollen
- Ateliers als Ersatz für die Teiggi-Ateliers (das so genannte "Teiggi-Biotop")
- weitere Probe- und Lagerräume, die heute insbesondere im Pilatus-Nordtrakt vorhanden sind und kaum wahrgenommen werden
- und letztendlich die Erweiterung der Gemeindebibliothek.

Die wichtigste Aussage des KPK-Berichtes besteht aber darin, dass sich die Kommission auch zur Standortfrage von Jugend- und Kultur eingebracht hat. Obwohl diese Frage so nicht formuliert wurde, hat sie einige Diskussionen und Überlegungen ausgelöst. Die KPK hat dem Gemeinderat empfohlen, nicht die Schappe-Süd, sondern das Teiggi-Areal als Kultur- und Jugendstandort weiter zu bearbeiten. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Empfehlung aus Befürchtungen und Skepsis entstanden ist. Platz- und Raumnot einerseits auf dem Schappe-Süd Areal, insbesondere aber eine befürchtete Unvereinbarkeit von verschiedenen Nutzern (Feuerwehr, Jugend, Kultur und Wohnen) aber auch die räumliche Nähe von verschiedenen Kulturstandorten oder eben eine Dezentralisierung waren aus Sicht des Gemeinderates entscheidend.

Der Gemeinderat hat diese Befürchtungen und Kritikpunkte sehr ernst genommen und umgehend die möglichen Platz- und Raumangebote für die einzelnen Standorte detailliert klären lassen. Dabei wurden die finanziellen, ökonomischen, städtebaulichen und nutzungsorientierten Aspekte beurteilt. Der Bericht des Büros für Bauökonomie zeigt auf, wie die Bedürfnisse wo zu welchem Preis realisiert werden könnten. Der Bericht beurteilt die Chancen und Risiken sowie die Vor- und Nachteile der einzelnen Standorte. Daraus leitet der Gemeinderat folgendes Fazit ab:

Der Standort Schappe-Süd ist für den Kultur- und Jugendstandort am besten geeignet. Dies aus städtebaulicher, ökonomischer und inhaltlicher Sicht und ebenso betreffend der Immissionen und dem nachbarschaftlichen Zusammentreffen. Dies aber unter einer ganz wichtigen Bedingung, dass die Feuerwehr von Anfang an einen neuen Standort erhalten wird. Ein Nebeneinander von Kultur, Jugend und Feuerwehr wird als problematisch betrachtet und zeigt auch ökonomisch keine wirklichen Vorteile. Der Gemeinderat ist daher überzeugt, dass die Zentrumsentwicklung wie folgt weiterbearbeitet werden soll:

- Das Gemeindehaus- und Teiggi-Areal soll zusammen mit den Grundstücken der Luzerner Pensionskasse (LUPK) für Wohn- und Dienstleistungszwecke vorgesehen werden. Um eine

möglichst qualitativ optimale Überbauung als Gesamtwerk und eine ideale Situation schaffen zu können, beantragt der Gemeinderat den Kredit für einen Wettbewerb.

- Im Wettbewerb mit der LUPK muss der Feuerwehr-Standort nach Möglichkeit auf dem Gemeindehaus/Teiggi-Areal vorgesehen werden.
- Das Areal Schappe-Süd wird als Kultur- und Jugendstandort weiterentwickelt.
- Der Werkhof wird aus dem Areal Schappe-Süd ausgelagert und an den dafür vorgesehenen Standort Obernau verschoben.

Die KPK hat dem Gemeinderat empfohlen, die Kulturkommission mit 2 Mitgliedern der KPK zu ergänzen. Der Gemeinderat nimmt diesen Hinweis auf. Für die Begleitung und das Controlling soll aber ebenso die Zentrumskommission verantwortlich zeichnen.

Der Gemeinderat beabsichtigt, mit einem Planungsbericht 2 nach Vorliegen der Wettbewerbsergebnisse im Herbst / Winter 2009 die einzelnen Dominosteine der Zentrumsrealisierung zu präzisieren und die entsprechenden Anträge zu stellen.

Die Zentrumskommission hat den vorliegenden Bericht des Gemeinderates ebenfalls beraten und hat diesem in einer konsultativen Abstimmung mit 11:0 zugestimmt. Die Zentrumskommission wird als wichtige gemeinderätliche Kommission den Gesamtprozess begleiten und den Gemeinderat entsprechend beraten.

Der Gemeinderat erachtet die heutige Diskussion als sehr entscheidend und wirkungsorientiert, um die nächsten Schritte anpacken zu können. Der Gemeinderat dankt für eine konstruktive Beurteilung und freut sich, wenn die Schlussfolgerungen ebenso unterstützt und geteilt werden können.

Bernadette Hauser, namens der CVP/JCVP-Fraktion, führt aus, dass seit einiger Zeit die Neugestaltung des Zentrums ein Thema in der Agenda von Gemeinde- und Einwohnerrat ist. Mit dem Planungsbericht Kulturstätten und dem Bericht zum Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Hinter diesem umfangreichen Bericht steckt viel Arbeit und Energie, was die CVP/JCVP-Fraktion anerkennt und auch verdankt.

Die Lesbarkeit des Planungsberichtes ist teilweise schwerfällig, mit teilweise Wiederholungen und auch die Darstellungen mit den unzähligen Auflistungen im Anhang 1 ist unübersichtlich und nicht gerade lesefreundlich. Die Zusammenfassung gibt hingegen einen guten Überblick. Ebenfalls gibt der Anhang 2 einen guten Überblick über die bestehenden Kulturstätten und die Angebote sowie auch über die Vielfältigkeit des Kulturlebens.

Das Raumangebot für die Bedürfnisse der Kultur (Kulturschaffende und Kulturkonsumentinnen und – konsumenten) soll gehalten, idealerweise verbessert werden. Verschiedene vorgeschlagene Massnahmen werden im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung geprüft und umgesetzt. Andere, die ausserhalb der Zentrumsplanung liegen, müssen mittelfristig ebenfalls angegangen werden. Als Beispiel die Optimierung der dezentralen Unterrichtsräume der Musikschule oder Ersatz für Gemeindeschuppen und Scala.

Zur Standortfrage Kultur- und Jugendzentrum nimmt die CVP/JCVP-Fraktion wie folgt Stellung:

Es haben beide Varianten, Standort Schappe-Süd und Standort Teiggi-Areal, durchaus Vor- und Nachteile. Wenn die verschiedenen Vor- und Nachteile gegeneinander abgewägt werden, überwiegen die Vorteile für den Standort Schappe-Süd eindeutig. Diese Vorteile werden als wichtig bewertet: die Richtplan-Vorgaben, die bestens erschlossene Lage (insbesondere auch für öffentliche Verkehrsmittel) und die sinnvolle Nutzung für ein schwierig zu veräusserndes Grundstück. Hingegen kann die Veräusserung des Teiggi-Areals einen Ertrag bringen. Die Verwirklichung von zentral gelegenen und ruhigen Wohnungen ist ideal. Der positiv aufgeführte Vorteil für das Teiggi-Areal, dass alle kulturellen Nutzungen im gleichen Gebäude untergebracht wären, kann sich allenfalls auch als Nachteil erweisen, weil damit mehr Konfliktpotenzial entstehen kann.

Zielkonflikte mit den künftigen Investoren auf dem Gemeindehaus/Teiggi-Areal sowie die erheblichen Einschränkungen der heutigen kulturellen Nutzungen während des Umbaus des Teiggi-Areals sind zwei weitere Gründe, die ebenfalls für den Standort Schappe-Süd sprechen. Was bei der Variante Schappe-Süd als negativer Aspekt ins Gewicht fällt, ist der zum heutigen Zeitpunkt fehlende neue Standort für die Feuerwehr. Der Verbleib der Feuerwehr an diesem Standort ist keine Lösung. Zur Standortfrage Feuerwehr liegt von der CVP/JCVP-Fraktion ein Antrag beim Traktandum Zentrumsentwicklung – Architekturwettbewerb vor. Bezüglich Lärmimmissionen sind wahrscheinlich beide Areale nicht ganz unproblematisch, doch gemäss Analyse ist dies beim Schappe-Süd besser zu lösen. Den Vorschlag bezüglich Erweiterung der Kommission wird gemäss Vorschlag des Gemeinderates unterstützt.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis von dem vorliegenden Bericht.

Martin Heiz berichtet, dass die SVP-Fraktion den Planungsbericht eingehend diskutiert hat und der KPK für das umfassende Werk dankt, welches sehr wichtig für die weitere Entwicklung des Zentrums ist. Man ist ebenfalls der Meinung, dass die Kultur beim Standort Schappe-Süd sein soll. Dies wurde bereits auch bei der Diskussion betreffend Richtplan geäussert und man möchte auch heute daran festhalten. Beim Teiggi-Areal würde es diverse Konfliktpunkte geben. In dem Sinne ist man froh, dass der Standort Schappe-Süd auch vom Büro für Bauökonomie bestätigt wurde.

Die SVP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis.

Judith Luthiger dankt namens der SP-Fraktion herzlich für das Einsetzen der Kulturstättenplanungskommission. Die KPK hat sehr wertvolle Arbeit geleistet und hat unter anderem eine fundierte Analyse der bestehenden Situation betreffend der Kulturangebote und Angebote für Jugendliche vorgenommen. Die Krienser Kultur lebt. In Kriens findet man die unterschiedlichsten kulturellen Veranstaltungen: Traditionelles und Modernes, Neues und Altes haben nebeneinander Platz. Auch für die Jugendlichen ist einiges vorhanden, aber es braucht noch mehr Schritte für die Umsetzung des Jugendleitbildes.

Die SP begrüsst es, dass der Gemeinderat den Entscheid der Kulturstättenplanungskommission für das Teiggi-Areal ernst genommen hat und sofort einen Standortvariantenvergleich durch ein professionelles Büro erstellen liess. Die Studie enthält gute Berechnungsgrundlagen und ermöglicht einen direkten Vergleich der verschiedenen Varianten. Das zeigt, dass die rein finanziellen Überlegungen wohl sehr wichtig gewesen sind, aber auch die Bedürfnisse der Kulturschaffenden und Jugendlichen der Gemeinde Kriens einen hohen Stellenwert haben. Es ist ein Bekenntnis zur Kultur und ein Bekenntnis zur wertvollen Jugendarbeit in der Gemeinde Kriens. Kriens darf und muss sich Kultur leisten und die Jugendlichen und Kulturschaffenden brau-

chen Begegnungsorte und Räume, Freiräume, Wirkungsräume, denn nur so kann wieder Neues entstehen. Die SP setzt sich für die Variante 1, Schappe-Süd ein. Man sagt aber nur „Ja“ dazu, wenn der Werkhof und die Feuerwehr ihre jetzigen Standorte räumen. Verbleiben Feuerwehr oder Werkhof im Schappe-Süd, so würde dies unweigerlich zu Konflikten führen. Für die SP sind ein neues Kultur- und Jugendzentrum nur ohne Werkhof und ohne Feuerwehr am Standort Schappe-Süd realisierbar. Städtebauliche Aspekte und die hervorragende Erschliessung zum öffentlichen Verkehr sprechen ebenfalls dafür. Auch betreffend Emissionen ist die Schappe-Süd besser als in der Teiggi mitten im Wohngebiet.

Die ganze Zentrumsplanung ist mit einem Puzzle vergleichbar. Jedes Puzzleteil ist notwendig, damit ein ganzes und vollständiges schönes Bild entstehen kann. Es ist darum zwingend, dass jeder Schritt, jedes Legen der einzelnen Puzzleteile zeitlich aufeinander abgestimmt sein muss und vor allem verbindlich ist. Wird ein Puzzleteil nicht gelegt, so entstehen Lücken. Auf die Zentrumsplanung umgesetzt heisst dies, dass Kulturschaffende und Jugendliche „auf der Strecke“ bleiben. Es entstehen unlösbare Raumprobleme, auch für die Musikschule. Kriens ist nicht ein kleines 800 Seelendorf, sondern hat über 25'500 Einwohnerinnen und Einwohner und dementsprechend ist der Anteil der direkt Betroffenen sehr gross.

Emotionale Punkte sind sicher der jetzige Pilatusaal, das Scala, das Jugendzentrum Teiggi und der Gemeindegarten. Für diese muss in der neuen Zentrumsplanung Ersatz gebaut werden. Zudem wird es eine Phase der Provisorien geben. Die SP fordert vom Gemeinderat, dass er diese verschiedenen Szenarien berücksichtigt und rechtzeitig Ersatzräume und alternative Lösungen während der Bauarbeiten anbietet. Mit der Schappe-Süd Variante sind solche Übergangslösungen viel besser lösbar. Wichtig dabei ist, dass die Gemeinde während dieser Phase Räumlichkeiten möglichst zu gleichen Preisen anbietet. Auch die zukünftigen Räume dürfen nicht zu teuer werden, sonst kann sich nur noch eine Auswahl an Vereinen und Gruppen deren Nutzung leisten und dies wäre kontraproduktiv und sicher nicht das Ziel der neuen Zentrumsplanung. Im Bericht werden konkrete Vorschläge für die jetzigen Aussenplätze vermisst. Wo soll zukünftig die Chilbi stattfinden? Wo soll Ersatz für den Gemeindegarten geschaffen werden? Es ist klar, dass die ganze Zentrumsplanung ohne Desinvestition nicht finanzierbar und politisch nicht durchsetzbar ist. Die Schappe-Süd Variante wäre auch die kostengünstigere Variante.

Ebenfalls wichtig ist, dass Fachleute aus der KPK während der Realisierung des Bauens miteinbezogen werden, damit die Bedürfnisse der einzelnen Kulturschaffenden auch wirklich eingebracht werden können. Sie sind die Fachleute, die genau wissen, was für infrastrukturelle Angebote, Bauten notwendig sind oder nicht. Im Detail liegt dann der Pfeffer.

Zu den Kulturschaffenden gehört auch die Krienser Musikschule. Wenn die Zentrumsüberbauung realisiert wird, so verliert die Musikschule im heutigen Werkhof und auch im Scala-Nordtrakt Musikzimmer. Es gibt bereits viele Musikschullehrpersonen, die in ihrer eigenen Wohnung unterrichten, da sie keinen entsprechenden Raum zur Verfügung haben. In den Schulhäusern wird es zunehmend enger, da Musikschulräume für schulische Zwecke gebraucht werden. Die erwarteten Schülerzahlenrückgänge sind nicht eingetroffen. Es sind sogar mehr Schülerinnen und Schüler als vor einem Jahr, trotz Schliessung einzelner Klassenzüge. Wieso überlegt sich der Gemeinderat nicht, das alte Gemeindehaus in ein Musikschulzentrum umzuwandeln? Für die SP gehört das Gemeindehaus zwingend in die ganzen Überlegungen der neuen Zentrumsplanung.

Die SP nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis und bittet den Gemeinderat, die Überlegungen in die weiteren Schritte miteinzubeziehen.

Simon Konrad hält namens der FDP-Fraktion fest, dass die Ausgangslage nach dem Bericht der KPK nicht einfach war. Der viermonatige Denkprozess mit einer Standortstudie hat aber ein positives Ergebnis hervorgebracht. Das Vorgehen des Gemeinderates wird begrüsst, insbesondere den Standortentscheid (Schappe-Süd ohne Feuerwehr) und das geplante weitere Vorgehen.

Die Kulturstättenplanungskommission hat eine Bestandesaufnahme der Kulturstätten und Kulturangebote vorgenommen und daraus die Chancen und Risiken für das kulturelle Leben in Kriens abgewogen. Weiter wurden die benötigten Infrastrukturen und der Raumbedarf definiert. Die ermittelten 3'500 m² wurden als Basis für die Standortstudie genommen. Der Bericht weist auch auf mögliche Stolpersteine hin, wie hohe Raummieten oder emotionale Faktoren. Die FDP-Fraktion verdankt die wertvolle Arbeit der Kommission. Durch ihre Arbeit ist man einem attraktiven Kriens einen Schritt näher gekommen. Im weiteren Vorgehen soll die Zentrumskommission weiterhin den Lead behalten. Die Unterstützung durch Nutzergruppen und der Kulturkommission in kulturellen Aspekten wird begrüsst.

Die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig das weitere Vorgehen in Form eines Wettbewerbes für die künftige Teiggi-Stadt und anschliessendem Planungsbericht 2 für das Cocon, der unter anderem die Kosten und die nötigen Desinvestitionen für die Finanzierung aufzeigt. In der Schlussfolgerung ist explizit erwähnt, dass als Bedingung die Feuerwehr einen neuen Standort erhält. Er erachtet eine Prüfung des Standortes für die Feuerwehr im Wettbewerb als sinnvoll, er sollte jedoch - zugunsten der Qualität - nicht verbindlich sein. Vielmehr erhofft man sich, und da wird die Meinung mit der SVP geteilt, dass noch vor dem Planungsbericht 2 ein geeigneter Standort für die Feuerwehr gefunden wird.

Gemäss Bruno Bienz danken die Grünen den Mitgliedern der Kulturstättenplanungskommission ganz herzlich für ihre grosse Arbeit. Der vorliegende Planungsbericht ist ein gutes und nützliches Werk. Die Forderungen im Bericht sind massvoll und nachvollziehbar, diese hätten in einigen Punkten sogar ein bisschen weiter gehen können. Das bestehende Kulturleitbild von Kriens könnte mehr gelebt werden.

Dass die Kommission den Standort Teiggi vorschlägt, ist eine Bestätigung der schon früher gemachten Aussagen und Befürchtungen. Verzettlung der Kultur, Nutzungskonflikte, Angst vor Verlust von Räumlichkeiten für Kulturschaffende sind die wichtigsten Kriterien. Auch der Verlust der Teiggi als Kulturobjekt war für einige aus der Kommission sicher ein Grund für diesen Entscheid. Dass die Gemeinde Kriens mit seiner Geschichte und deren Erhalt ein bisschen Mühe hat, ist auch hier wieder offensichtlich. Aus diesem und anderen Gründen ist man befriedigt, dass der Gemeinderat das Büro für Bauökonomie beauftragt hat, einen Standort-Variantenvergleich zu machen. So hat das Büro für Bauökonomie klar aufgezeigt, dass sich die Feuerwehr sowie Jugend und Kultur im Schappe Süd "beissen". Diese Bedenken haben die Grünen seit Anfang an geäussert und einen Standortentscheid gefordert. Daher freut man sich natürlich, dass die anderen Parteien und der Gemeinderat dies nun auch so sehen.

Trotzdem bleiben weiterhin wichtige Fragen immer noch offen:

- Standort Feuerwehr
- Kilbiplatz
- Musikschulräume müssen klar definiert sein

Die Umsiedlung des Werkhofes ins Obernau wirkt auch noch nicht überzeugend. Aufgrund des täglich grossen Verkehrsaufkommens auf der Obernauerstrasse ist es fraglich, ob ein reibungsloser Ablauf der Aufgaben des Werkhofes überhaupt möglich ist. Eine Verschiebung des Werk-

hofes Richtung Unterdorf wäre die bessere Wahl. Deshalb erwarten die Grünen vom Gemeinderat, dass er diese Optionen weiterhin prüft. Vielleicht gibt es doch noch eine Möglichkeit, die Synergien des Werkhofes und der Feuerwehr in einem Gebäude zu nutzen.

Die Grünen fordern den Gemeinderat auf, im Planungsbericht 2 alle offenen Standorte zu definieren und auch aufzuzeigen, wer wann wohin umzieht usw. Auch sollte geklärt sein, welche Zwischenräume in der Bauphase allenfalls genutzt werden können. Mit den Schlussfolgerungen des Gemeinderates sind die Grünen einverstanden und nehmen den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Rolf Bättig erklärt, dass die Behauptung betreffend dem Puzzle nicht ganz stimmt. Wenn ein Puzzle-Teil fehlt, ist das Puzzle dennoch stabil und das Bild ist erkennbar.

Helene Meyer-Jenni geht auf einige Aspekte ein. Die Übergänge und Zwischennutzungen werden selbstverständlich ein Thema sein. Heute ist es aber noch zu früh, um zu sagen, wie was genutzt werden kann. Möglicherweise müssen die Übergangszeiten kreativ angegangen werden. Betreffend Höhe der Mietpreise kommt es darauf an, was zur Verfügung steht. Dies hat unmittelbar einen Einfluss auf die Kosten.

Ein sogenannt "niederschwelliger" Saal soll als Ersatz des Gemeindeschuppens im Schappe-Süd als Neubau entstehen. Man kann jedoch nicht davon ausgehen, dass dieser dann genau gleich aussieht. Für Aussenräume gibt es gute Nutzungen im Zusammenhang mit dem Projekt "Cocon". Die Raumgestaltung aussen muss man sehr gut anschauen und überlegen, für was diese Plätze genutzt werden. Eine gute Bepflanzung und der Chilbi-Betrieb stehen damit im Konflikt. Der Innenhof im Schappe-Süd (siehe Skizze im Bericht des Büros für Bauökonomie) findet der Gemeinderat eine sehr schöne und gute Idee.

Ein überraschender Punkt im Bericht des Büros für Bauökonomie ist der künftige Standort der Musikschule. Der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass das Gemeindehaus ein idealer Standort dafür wäre. Das Büro für Bauökonomie ist jedoch der Meinung, dass das Gemeindehaus mit der bestehenden Bausubstanz nicht sehr ideal für die Musikschule sei. Heute finden sehr viele Unterrichtsstunden in dezentralen Schulhäusern statt, einige Lehrpersonen unterrichten sogar zu Hause. Dies ist aber von der Musikschule nicht sehr erwünscht. Die Kombination der Musikschule mit Kultur und Jugend (Empfehlung Büro für Bauökonomie) überzeugt den Gemeinderat. Dies muss aber noch weiter präzisiert werden.

Gemäss Bruno Peter ist der Bericht sehr wertvoll. Selbstverständlich muss nicht jeder Bereich genau so werden, wie es markiert ist. Die Musikschule braucht akustisch hohe Ansprüche. Er verweist auf den Tag der offenen Tür beim neuen Kulturwerkplatz "Südpol", in welchem unter anderem die Musikschule Luzern untergebracht ist. Deren Bedürfnisse konnten dort optimal gelöst werden.

Bezüglich der Feuerwehr und dem Werkhof hat man bereits eine Lösung im VA Tech-Areal gehabt (Feuerwehr und Werkhof kombiniert in einer Halle). Aufgrund der Realisierung und Planung wäre es eine gute Lösung gewesen. Die Realisierung hätte aber sehr viel Geld gekostet. Der Werkhof am Standort Obernau wurde auch geprüft. Dies ist absolut realisierbar. Von der Logistik her braucht es gewisse Anforderungen, für die Gemeinde ist dies aber die günstigste Lösung. Um einen neuen Standort der Feuerwehr zu analysieren, gibt es künftig vielleicht neue

Überlegungen. Diese werden in der nächsten Planungsphase beurteilt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das vorgelegte Projekt den Anforderungen entspricht.

Nachdem keine Detailberatung verlangt wird, verliest Joe Brunner den Beschlusstext:

Der Bericht "Zentrumsentwicklung Kriens – Planungsbericht Kulturstätten und Bericht zum Standortentscheid Kultur- und Jugendzentrum" sowie die Schlussfolgerungen des Gemeinderates werden zur Kenntnis genommen.

Franz Baumann schlägt vor, dennoch eine Detailberatung durchzuführen und anschliessend den Beschlusstext nochmals vorzulesen.

Detailberatung

3.1 Stellungnahme zu einzelnen Massnahmen (Seite 6) / Saal-Angebote

Nicole Nyfeler erläutert, dass die KPK den Bedarf von Räumen aufzeigt, die betroffen sind (Ersatz Scala und Gemeindeschuppen). Der kleine Saal, welcher die KPK meint, ist vor allem für Kleinbühnenkunst. Sie denkt nicht, dass die beiden nebeneinander funktionieren. Daher bittet sie den Gemeinderat, nochmals zu überprüfen, ob dies in einer gemeinsamen Nutzung funktioniert.

3.1 Stellungnahme zu einzelnen Massnahmen (Seite 7) / Erweiterung Kulturkommission

Robert Thalmann verweist auf den Satz "Im Weiteren wird der Gemeinderat die Zentrumskommission mit der Begleitung der Projekte beauftragen." Seiner Meinung nach kann dieser Satz relativiert werden, denn diese Aufgabe könnte auch die Baukommission übernehmen, da diese parteipolitisch zusammengesetzt ist und sehr viel mit dem Thema Zentrumsplanung zu tun hat. Er bittet daher, den Gemeinderat zu überlegen, ob dieser Auftrag nicht an die Baukommission erteilt werden kann.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass die Zentrumskommission ebenfalls parteipolitisch zusammengesetzt ist. Diese ist beratend für den Gemeinderat. Das Know-how, welches sich die Zentrumskommission aufgebaut hat, ist nicht ganz unbedeutend.

4. Standort-Variantenvergleich: Planungsbericht Büro für Bauökonomie (Seite 8)

Nicole Nyfeler fragt, ob das Häuschen bei der Busschleife, welches abgebrannt ist, in die Kulturstättenplanung miteinbezogen wird und wie die Zukunft dieses Grundstückes aussieht. Ihrer Meinung nach wäre es am schlechtesten, wenn dort später Wohnungen gebaut werden.

Bruno Peter erklärt, dass das Grundstück Bestandteil des Richtplanes ist. Bezüglich dem Haus sind verschiedene Varianten andiskutiert worden, z.B. das Haus so aufbauen wie es war. Das Bauprojekt entspricht nicht dem ursprünglichen Gebäude und wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Der Fall ist beim Verwaltungsgericht.

Joe Brunner verliest nochmals den Kenntnisnahmetext.

6. Bericht und Antrag: Zentrumsentwicklung Kriens - Architekturwettbewerb für die Areale Gemeindehaus und Teiggi sowie die Grundstücke der Luzerner Pensionskasse LUPK Nr. 284/08

Franz Baumann informiert, dass die Baukommission den Weg über einen Wettbewerb richtig findet. Auch der dafür zu bezahlende Preis wird als vertretbar betrachtet. Wie im vorherigen Traktandum erwähnt, wird der Feuerwehr-Standort als Knackpunkt betrachtet. In der Baukommission ist man sich einig, dass diese Frage spätestens im Planungsbericht 2 beantwortet sein muss. Der Wettbewerbsperimeter enthält vor allem Wohnungsbau, er grenzt aber an das Areal der VA Tech-Andritz. Die Feuerwehr müsste also nicht zwingend mitten ins Wohngebiet zu stehen kommen. Mit 4:3 Stimmen findet die Baukommission, dass in der Wettbewerbsausschreibung zwingend gefordert werden soll, die Feuerwehr in diesem Areal einzuplanen. Diejenigen Mitglieder der Baukommission, die mit der offenen Formulierung des Gemeinderates („nach Möglichkeit“) einverstanden sind, möchten andere Optionen nicht ausschliessen. Eine weitere Variante wäre, dass die am Wettbewerb teilnehmenden Architekturbüros primär die Feuerwehr im Areal einplanen, jedoch eine Alternative vorstellen, was mit dem Raum passieren soll, falls für die Feuerwehr bis zum Planungsbericht 2 ein anderer Standort gefunden wird. In diesem Sinne erkennt die Baukommission, dass der SVP-Antrag den knappen Entscheid der Baukommission widerspiegelt.

Die Baukommission unterstützt den B+A einstimmig.

Stefan Meyer hält einleitend fest, dass es bei der Diskussion in der FGK immer klar war, nicht über den Kostenblock des Wettbewerbes zu sprechen sondern das Ganze im Kontext der verschiedenen hängigen Projekte zu sehen. Es macht nur dann Sinn über andere Elemente zu sprechen, wenn eine Desinvestition vorbereitet wird. Das vorgeschlagene Wettbewerbsverfahren wird begrüsst. Die Zielvorgaben überzeugen jedoch nicht alle und sind zu wenig präzise. Ausserdem wird das Zusammengehen mit der Nachbarin LUPK als richtig und wichtig erachtet, um wirklich einen markanten Effekt zu erzielen. Weiter ist man über die Situation der Feuerwehr nicht glücklich. Dieses Element muss der Gemeinderat und die Zentrumskommission zur Klärung bringen. Zusammenfassend kann er feststellen, dass bei einem Kredit von Fr. 300'000.00 die Erwartung hoch ist und das Projekt überzeugen muss.

Die FGK empfiehlt einstimmig, dem B+A zuzustimmen.

Bruno Peter teilt mit, dass der geplante Wettbewerb über die Areale Gemeindehaus und Teiggi ein letzter Domino-Stein ist und Grundlage für die Erarbeitung einer umfassenden Botschaft an Parlament und Stimmbürger für ein "go" oder "no go" bei der Umsetzung der verschiedenen Projekte der Zentrumsplanung.

Die Grundlage wurde bekanntlich mit dem Studienwettbewerb im Jahre 2002 gelegt. Das Siegerprojekt "Streetlife" hat damals erste Ideen geliefert, wie das Krienser Dorfzentrum dereinst aussehen könnte. Die Ideen des Studienauftrages wurden in der Folge weiterentwickelt und führten zum "Richtplan Zentrum", welcher im August 2004 durch den Einwohnerrat genehmigt wurde. Im folgenden Planungsbericht "Zentrumsentwicklung" – vom Einwohnerrat beraten und genehmigt am 18. Mai 2006 – wurden die einzelnen Massnahmen, welche für eine neue Identifikation und städtebauliche Entwicklung des Dorfes notwendig sind, thematisiert. In diesem Bericht entstand auch, aufgrund der Abhängigkeiten und der zeitlichen Staffelung, der Begriff des Domino-Effektes.

Wie in der Botschaft erwähnt, ist die Luzerner Pensionskasse LUPK Eigentümerin der Grundstücke zwischen Waldheimstrasse, Meister- und Minolettistrasse. Aufgrund von laufenden Verträgen beabsichtigt die LUPK, ihre Grundstücke ab dem Jahr 2010 zu bebauen. Nachdem die Gemeinde wie auch die LUPK Bauabsichten haben, drängt sich ein koordiniertes Vorgehen bei den verschiedenen Planungsschritten auf. Die vorliegende Botschaft mit dem beantragten Architektur-Wettbewerb bietet nun die einmalige Chance, eine zusammenhängende Planung über ein grosses Gebiet mitten im Zentrum auszulösen. Es bietet sich die Chance, einen neuen Dorfteil, durchmischt mit Dienstleistungen, attraktivem Wohnen und historischer Bausubstanz, zu gestalten und zu beplanen.

Der Architektur-Wettbewerb soll mit einem Präqualifikationsverfahren und dem eigentlichen Wettbewerb durchgeführt werden. Das Wettbewerbsprogramm wird in Zusammenarbeit mit der LUPK erarbeitet und durch den Gemeinderat genehmigt. In diesem Programm sind die Rahmenbedingungen, wie z.B. die rechtliche Bedeutung des Richtplanes, den Stellenwert des zu erhaltenden Gemeindehauses oder die Prüfung eines Standortes für die Feuerwehr, zu definieren.

Wie aus dem Planungsbericht Kulturstätten hervorgeht, ist für die Feuerwehr ein neuer Standort zu suchen. Dieser Standort kann, muss aber nicht zwingend, auf dem Perimeter des Wettbewerbsgebietes liegen. Der Gemeinderat will deshalb die Standortsprüfung in das Wettbewerbsverfahren einbeziehen. Es gilt zu bedenken, dass den Vorteilen einer zentralen Lage auch Nachteile, wie versiegelte Asphaltflächen oder Lärmimmissionen in Wohnquartieren, gegenüberstehen. Aus diesem Grunde beabsichtigt der Gemeinderat parallel zum Wettbewerbsverfahren, noch weitere mögliche Standorte für die Feuerwehr zu prüfen. Unbestritten ist, dass im Planungsbericht 2 und vor Auslösung der ersten Projekte ein akzeptabler Standort für die Feuerwehr gefunden werden muss.

Die Kosten betragen ca. Fr. 420'000.00 und werden im Verhältnis der Grundstücksflächen zwischen den Grundeigentümern aufgeteilt. Die LUPK hat der Kostenbeteiligung bereits zugestimmt.

Gemäss Robert Thalmann sagt die SVP-Fraktion „Ja“ zum Architekturwettbewerb, allerdings mit einem „aber“ verbunden. Das neue Feuerwehr-Gebäude muss zwingend miteinbezogen werden. In diesem Sinne wurde auch ein Antrag eingereicht. Für alle ist klar, dass für die Feuerwehr ein neuer Standort gesucht und gefunden werden muss. Die bisherige Suche ist erfolglos verlaufen. Teile des VA-Tech Areal und der Pan Gas wurden einer Prüfung unterzogen. Bisher hat sich jedoch keine Lösung ergeben und eine solche ist offenbar auch nicht in Sicht. Es ist daher naheliegend, zumindest die Option einer Lösung im Zentrum offen zu halten. Nur wenn die Feuerwehr zwingend in die Planung miteinbezogen wird, können die verschiedenen Projekte miteinander verglichen werden. Das Gegenargument, man sei dann nicht flexibel, zählt nicht. Das Gegenteil ist der Fall: mit der Vorgabe wird eine Option geschaffen, die dann umgesetzt oder mit dem Planungsbericht 2 auch nicht umgesetzt werden kann, sofern ein anderer besserer Standort bis dann gefunden wird. Damit wird man flexibel, nicht wenn man keine Alternativen prüft.

Gemäss Bruno Bienz ist die SP/Grüne-Fraktion für Eintreten zum vorliegenden Bericht und Antrag. Die Zielsetzungen unter Punkt 2 sind wichtig und können nur mit einem Architekturwettbewerb erreicht werden. Zudem ist es wichtig, dass die wenigen im Richtplan definierten, zu erhaltenden Bauten auf dem Teiggi-Areal optimal in eine Überbauung integriert werden.

Da jetzt anscheinend klar ist, dass mit der Realisierung eines Jugend- und Kulturzentrums auf dem Areal Schappe-Süd die Feuerwehr ein neues Zuhause braucht und bisherige Standorte aus verschiedenen Gründen nicht mehr in Frage kommen, muss im Wettbewerbsverfahren im Planungsperimeter ein Standort für die Feuerwehr eingeplant werden. Falls trotzdem ein anderer geeigneter Standort gefunden wird, kann immer noch auf die Realisierung verzichtet werden. Wenn der Passus nach Möglichkeit im Wettbewerbsbeschreibung verbleibt, wird wahrscheinlich kein Teilnehmer diesen Punkt aufnehmen. Die SP/Grüne-Fraktion ist der Meinung, dass für alle Teilnehmer die gleichen Bedingungen gelten müssen und die Gemeinde ihre Bedürfnisse einbringen muss. Daher unterstützt die SP/Grüne-Fraktion mehrheitlich den Antrag der SVP-Fraktion. Damit sich die Stimmbürger von Kriens ein umfassendes Bild über die ganze Zentrumsentwicklung machen können, braucht es auch diesen Puzzlestein für ein überzeugtes Ja an der Urne. Die SP/Grüne-Fraktion ist einstimmig für diesen Bericht und Antrag.

Rolf Bättig erläutert namens der FDP-Fraktion, dass es im vorliegenden B+A um die Durchführung eines mehrstufigen Architekturwettbewerbes für die Areale Gemeindehaus und Teiggi sowie für die Grundstücke der LUPK geht. Es handelt sich also um zwei Grundeigentümer, die sich finden müssen, um einen Wettbewerb zu lancieren. Die Kosten für die Gemeinde betragen Fr. 300'000.00. Das sind die Fakten.

Dass ein Architekturwettbewerb ein Gebot der Stunde ist, ist unbestritten. Wettbewerbe haben zum Ziel, innovativen Köpfen im Rahmen eines Programms die Möglichkeit zu geben, gute, überzeugende Lösungen zu erarbeiten. Architekturwettbewerbe sind keine Mathematikaufgabe mit nur einer Lösung, sonst bräuhete es ja keinen Wettbewerb. Um aber auch Platz für „grosse“ kreative Ideen zu haben, braucht es nur so viel Wettbewerbseinschränkungen wie nötig. Perimeter und Bauvorschriften bilden da schon ein recht rigoroses Korsett.

In der Darlegung der Ausgangslage im B+A wurde klar erkannt, dass die Wettbewerbsareale sich vorzüglich für ein attraktives, ruhiges Wohnen eignen. Er sei kein studierter Architekt, aber er erlaubt sich die Frage, wie attraktives und ruhiges Wohnen zusammen mit einem Feuerwehrdepot funktionieren soll, zumal Feuerwehr und Kultur auch nicht zusammenpassen wie im vorherigen Bericht ausgeführt wurde. Und dies führt ihn nun zum offensichtlichen und medialen Thema dieses B+A, nämlich zum Standort der Feuerwehr. Die Feuerwehr ist eine emotionale Angelegenheit, wie es sich zeigt. Aber auch emotionale Angelegenheiten darf man nüchtern betrachten. Nüchternheit und sachliche Lagebeurteilung muss ja auch die Feuerwehr im Brandfall an den Tag legen. Muss die Feuerwehr wirklich im Zentrum angesiedelt werden, auf teuerstem Boden? Macht nicht auch die Feuerwehr eine Entwicklung durch wo man Strukturen überdenken darf? Die Feuerwehr ist kein Selbstzweck sondern Mittel zum Zweck. Im Rahmen von Kooperationen ist es durchaus möglich, dass vielleicht nicht mehr die Gemeindegrenze das Lösch- und Einsatzgebiet definiert, sondern die Geographie. Das heisst zum Beispiel, wer ist am schnellsten am Einsatzort mit welchen Mitteln. Materiell hat die Feuerwehr über die Zeit riesige Fortschritte gemacht. So gibt es dereinst vielleicht eine Feuerwehrregion Luzern Süd mit einem Zentrum im Gebiet Schlund.

Unter diesen Aspekten gilt es ernsthaft alternative Standorte auch ausserhalb des Zentrums zu suchen. Die Nutzung Wohnen und Feuerwehrdepot passt schlecht zusammen. Synergien sind nicht erkennbar, mögliche Friktionen jedoch schon. Alternative Standorte für die Feuerwehr finden sich schon, wenn man intensiv suchen will.

Hier sind ein paar Vorschläge zur detaillierten Abklärung an den Gemeinderat:

- Areal im Gebiet Schlund
- Areal im Wyssmattgebiet
- Standort im Bereich Grosshof (hinter Gefängnis)

- Umzonung / Umnutzung Salesiapark
- Umzug ins Strassenverkehrsamt, wenn dieses dereinst einen neuen Platz findet

Es gibt diverse Möglichkeiten mit sehr guten Standorten, die verkehrstechnisch gut erschlossen sind. Die Feuerwehrezukunft soll nicht verbaut werden, indem sie ins Dorf-Zentrum gerückt wird. Eine spätere Umnutzung von Feuerwehrgebäuden im Wohnbereich ist kritisch und fördert kaum das gesuchte attraktive Wohnen.

Der Gemeinderat soll sich ernsthaft und dringend mit der Standortfrage der Feuerwehr auseinandersetzen. Aus Sicht der FDP-Fraktion muss diese nicht im Zentrum liegen. Die Standortfrage muss jedoch vor Baubeginn auf dem Wettbewerbsareal gelöst sein. Der Wettbewerb soll im Rahmen des B+A durchgeführt werden und kreative Ideen sollen abgeholt werden können.

Die FDP-Fraktion unterstützt den B+A in der vorliegenden Form sowie den Antrag der CVP einstimmig.

Gemäss Viktor Bienz ist die CVP/JVCP-Fraktion der Ansicht, dass mit dem vorliegenden B+A ein wichtiger Baustein in der Zentrumsentwicklung in Kriens in Bewegung gebracht wird. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt den B+A grundsätzlich. Aber wie auch schon in der Baukommission hat die Feuerwehr zu verschiedenen Überlegungsszenarien geführt. Die einen wollen endlich einen fixen Standort für die Feuerwehr, so dass man mit der Kultur und Jugend in die Schappe-Süd einziehen kann. Den anderen ist der Perimeter nicht ein Muss für die Feuerwehr, denn andere Standorte sollen auch noch die Möglichkeit haben, in Betracht gezogen zu werden. Seiner Ansicht nach wäre es grundsätzlich von grossem Nutzen gewesen, wenn man die Evaluation des Standortes Feuerwehr vor dem Architekturwettbewerb gemacht hätte.

Die CVP/JCVP-Fraktion stellt zum Beschlusstext den folgenden Antrag und bittet, diesem zuzustimmen:

2. *Parallel zum Architekturwettbewerb ist eine Standortevaluation für die Feuerwehr vorzunehmen. Das Resultat ist spätestens mit dem Ergebnis des Architekturwettbewerbes dem Einwohnerrat vorzulegen.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*

Franz Baumann führt aus, dass bei der Zentrumsentwicklung unbedingt die bestmögliche Variante angestrebt werden muss. Wenn man die beste Lösung möchte, muss man auch zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Es muss immer eine Risikoabwägung gemacht werden. Er hat grosse Erwartungen an die Feuerwehr. Die gesamte politische Beurteilung muss berücksichtigt werden. Der Antrag der CVP/JCVP-Fraktion ist nur sinnvoll, wenn der Antrag der SVP angenommen wird. Daher bittet er, beide Anträge anzunehmen, damit man wirklich die beste Variante erhält.

Gilles Morf ist der Meinung, dass der Standort Feuerwehr ein wichtiger "Domino-Stein" ist. Wenn dieser Stein in Bewegung kommt, fällt die ganze Planung. Ihm ist nicht ganz klar, wie mit dem Standort Feuerwehr umzugehen ist, denn im B+A heisst es, dass "nach Möglichkeit" ein neuer Standort zu suchen ist. Ausserdem ist es von ihm aus gesehen falsch, wenn die CVP/JCVP-Fraktion verlangt, parallel zum Architekturwettbewerb eine Standortplanung für die Feuerwehr vorzunehmen. Er ist der Meinung, dass der Standort Feuerwehr vorher geklärt werden soll und klare Verhältnisse beim Wettbewerb festgelegt werden.

Räto Camenisch ist fest entschlossen, dass die Feuerwehr vom jetzigen Standort weg muss, da die Kultur diesen Platz braucht. Der Auftrag, eine Feuerwehr einzuplanen, ist keine Kleinigkeit, denn dies ist eine grosse Institution, welche Wünsche und Begehren hat. Daher muss diese unbedingt in die Planung eingeschlossen werden. Ein grosser Teil der Feuerwehr könnte auch unterirdisch untergebracht werden. Dann sieht man im Grunde nur noch die Front für die Ausfahrt der Fahrzeuge und somit wird das Wohnquartier nicht beeinträchtigt. Ein Grundsatzentscheid muss auf jeden Fall gefällt werden, ob die Planung mit oder ohne Feuerwehr stattfindet. Der neue Feuerwehr-Standort fordert eine zentrale Lage. Er ist überzeugt, dass dies absolut verträglich mit dem Projekt der Wohnhäuser ist. Ausserdem muss die Feuerwehr kein Prestige-Bau sein, sondern ein funktionell guter Bau. Seiner Ansicht nach ist man spät dran und die Zeit drängt. Das Schappe-Süd Areal soll für die Jugend genutzt werden.

Bruno Bienz ist ebenfalls der Meinung, dass die Zeit drängt. Er weist darauf hin, dass die Gebäudeversicherung definiert, in welchem Radius die Feuerwehr sein muss. In der Kuonimatt ist dies nicht gewährleistet. Die "Spielregeln" können nicht einfach geändert werden. Wenn es einfacher wäre, einen anderen Standort für die Feuerwehr zu finden, hätte dies der Gemeinderat schon lange getan.

Rolf Bättig weist darauf hin, dass der Wettbewerb nicht nur in der Kompetenz der Gemeinde liegt, sondern dass auch die LUPK miteinbezogen ist. Die Wettbewerbsteilnehmer sollen ein attraktives, ruhiges Wohnen planen oder ein attraktives, ruhiges Wohnen zusammen mit der Feuerwehr. Dies "beisst" sich seiner Meinung nach aber. Die Feuerwehr soll nicht ins Zentrum. Er zweifelt nach wie vor die Verträglichkeit an. Die Feuerwehr-Frage muss auf jeden Fall vorgängig geklärt werden. Er ist überzeugt, dass die Gemeinde Kriens eine gute Lösung finden wird.

Bruno Peter glaubt, dass das Feuerwehr-Problem von allen richtig erkannt wurde. Für den Gemeinderat ist es klar, dass der neue Standort der Feuerwehr definiert sein muss, bevor man vors Volk geht oder weitere Entscheide gefällt werden. Denn dies ist ein sehr sensibler Punkt, welcher gut gelöst werden soll. Es ist klar, dass die Feuerwehr in den Wettbewerb aufgenommen wird. Die Teilnehmer des Architekturwettbewerbes werden darauf hingewiesen, auf welchen Arealen dies möglich ist. Man hat bereits Abklärungen in Bezug auf die Feuerwehr gemacht und es hat sich ergeben, dass man dies im Zentrum nicht realisieren kann. Die Kuonimatt ist klar zu weit weg, aber es ist möglich, mindestens in der Nähe der Arsenalstrasse zu gehen. Er ist überzeugt, dass es noch nicht zu spät ist, einen neuen Standort zu finden. Dies kann parallel zum Wettbewerb gemacht werden. Für das Dorfzentrum wäre es besser, einen anderen Standort zu finden, unterirdisch ist es aber auch nicht so einfach. Der Gemeinderat nimmt die Anträge und Vorstösse entgegen und wird mit Druck das Problem angehen.

Werner Baumgartner ist der Meinung, dass man mit der Feuerwehr etwas verpasste, denn diese Frage sollte schon lange gelöst sein. Es gibt aber auch noch andere Fragen, die zu überlegen sind. Die Frage, wer im Zentrum von Kriens sein soll, muss gelöst werden. Grosse Investitionen stehen künftig an und er fragt sich, woher das Geld dafür genommen wird. Für ihn ist nicht klar, dass verkauft wird, damit einer der besten Lagen in Kriens durch einen Wettbewerb in Auftrag gegeben wird. Seiner Meinung nach muss man nochmals überlegen, was mit diesem Platz genau gemacht werden soll. Für ihn stimmen die Verhältnisse nicht. Es soll nicht nur

über die Feuerwehr gesprochen werden, sondern auch was mit dem Gemeindehaus-Areal passieren wird.

Bruno Peter staunt über die Aussage, das man wissen möchte, was beim Gemeindehaus-Areal gemacht wird. Im Richtplan ist aufgezeigt, was gemacht werden soll und im Planungsbericht ist dies genau erläutert. Im Zentrum soll guten, adäquater Wohnraum geschaffen werden. Der Gemeinderat hat immer gesagt, dass die Zentrumsobjekte nur dann realisiert werden, wenn man bereit ist, die Areale zu desinvestieren. Vor zwei Jahren wurde dem ersten Planungsbericht zugestimmt. Der Zeitpunkt für eine Diskussion, was mit dem Gemeindehaus-Areal gemacht wird, findet er zu spät.

Martin Heiz weist darauf hin, dass im Jahr 2004 der Richtplan genehmigt wurde. Man wusste dort schon ein bisschen, wo was hinkommt. Nun ist der richtige Zeitpunkt da, um klar zu entscheiden betreffend dem Wettbewerb und dem Standort Feuerwehr und es soll nicht mehr gross diskutiert werden.

Gemäss Franz Baumann unterstützt die SP den Grundsatz, gemeindeeigene Liegenschaften nicht zu verkaufen. Dabei geht es um Interessenabwägungen, welche in den vergangenen Jahrzehnten gemacht wurden. Ein gutes Zentrum ist wertvoller als der Erhalt von Grundstücken. Für den Souverän spielt nicht der Erhalt des Teiggi-Areals eine Rolle, sondern der Gesamtkredit. Es gibt Situationen, wo man verkaufen muss, damit man zu einer besseren Lösung kommt.

Werner Baumgartner hat Mühe damit, wenn man über das Zentrum nicht diskutieren kann. Es geht ihm nicht darum, den ganzen Prozess zu stocken. Wenn der Staat das Privileg hat, mit Land umzugehen, dann sicher mit diesem im Zentrum. Er fragt, ob es allenfalls andere Möglichkeiten gibt, zu desinvestieren. Zudem stimmt seiner Meinung nach die Interessenabwägung nicht, wenn die Meiersmattwiese grün ist und beim Gemeindehaus-Areal alles überbaut wird. Er macht sich Gedanken zum Wettbewerb, ob es Kompromissmöglichkeiten gibt.

Rolf Bättig denkt, dass es persönliche Anliegen sind, die man überdenken muss. Die Verlässlichkeit der Gemeinde soll nicht in Frage gestellt werden.

Räto Camenisch bemerkt, dass es in Kriens noch genügend grüne Flächen gibt. Er ist daher der Meinung, dass das Areal verkauft werden kann und man aus der Sache das beste machen muss.

Gilles Morf findet, dass die Suche nach einem neuen Standort für die Feuerwehr ein mühsamer, langer Prozess ist. Er ist sich nicht sicher, ob es innerhalb von zwei Jahren gelingt, diese Standortfrage zu lösen. Ausserdem hat er vermutet, dass die Meiersmattwiese ein „Dominostein“ in der Zentrumsplanung ist.

Bruno Peter möchte sich davon distanzieren. Er verweist auf Seite 6 des Bericht und Antrages, Punkt 7 „Terminplanung / weiteres Vorgehen“. Der Wettbewerb muss nun durchgeführt werden. Die Grundlage dafür ist das Zonenreglement. Die Frage der Finanzierung muss diskutiert

werden. Bei den Desinvestitionen denkt er nicht an die Meiersmattwiese. Die Gemeinde hat noch andere Grundstücke, wie z.B. der Mattenhof. Dort wurde auch ein Wettbewerb lanciert. Dieses Grundstück kann genutzt und investiert werden. Die Zielsetzung, dass ein Wettbewerb durchgeführt wird, ist unbestritten. Die nächsten Diskussionen werden über den Verkauf stattfinden. Das Baurecht ist Bestandteil des Planungsberichtes 2.

Stefan Meyer stellt fest, dass es einige gibt, welche dem Ganzen skeptisch gegenüberstehen. Es ist wichtig, das Augenmass zu behalten. Bei dem was man anstrebt, muss es auch Elemente enthalten, welche Erholungsfunktionen beinhalten. Es ist wichtig, dass Dosierung und Mischung im Auge behalten werden. Es darf nicht behauptet werden, dass Gemeindegut verschleudert wird. Man möchte Geld generieren aber man möchte auch etwas erreichen, was Vorteile bringt und eine Weiterentwicklung ermöglicht (Jugend, Kultur und neues Verwaltungszentrum). Das Teiggi-Areal soll durch die Allgemeinheit genutzt werden können.

Werner Baumgartner geht es nicht darum, den Gemeindehausparkplatz oder den Gemeindegartenschuppen zu erhalten, sondern zu definieren, was wie viel Wert ist. Er hofft, dass man sich Gedanken für eine sinnvolle Kombination macht. Es geht ihm nur um das Zentrum und was damit passiert. Dies kann in den Wettbewerb einfließen. Man muss sich überlegen, was der Gemeinde Kriens und der Bevölkerung am meisten Nutzen bringt.

Erich Tschümperlin bemerkt, dass er bei der Erarbeitung der Grundlagen für den heutigen Schritt noch nicht dabei war. Er hat sich über das Votum von Werner Baumgartner gefreut. Er denkt, das man auf das wertvollste Land der Gemeinde Kriens aufpassen muss, und nicht, dass in der Bevölkerung die Behauptung aufkommt, dass man dieses verschern will. Allenfalls kann im Architekturwettbewerb aufgenommen werden, dass ein Teil des Landes zu einer öffentlichen Grünstrecke bzw. zu einem Park werden soll.

Robert Thalmann möchte von Werner Baumgartner wissen, ob er nicht auf den Antrag eintreten möchte.

Werner Baumgartner möchte sich dazu aber nicht äussern.

Detailberatung

5. Rahmenbedingungen (Seite 5)

Judith Luthiger ist es wichtig, dass die Verkehrsprobleme (Schachen- und Amlehnstrasse) innerhalb der Zentrumsplanung berücksichtigt werden und dazu Lösungen gesucht werden.

Abstimmungen zu den Anträgen

Der Antrag zum Beschlusstext der SVP wird mit 20:6 Stimmen angenommen und fliesst somit in den Beschlusstext ein.

Dem Antrag zum Beschlusstext der CVP/JCVP wird mit 25:0 Stimmen zugestimmt und fliesst somit ebenfalls in den Beschlusstext ein.

Nachdem kein Rückkommen verlangt wird, verliert Joe Brunner den neuen Beschlusstext:

1. *Für die Durchführung eines mehrstufigen Architekturwettbewerbs für die Areale Gemeindehaus und Teiggi sowie die Grundstücke der LUPK wird ein Kredit von Fr. 300'000.00 bewilligt. Im Wettbewerbsverfahren ist im Planungssperimeter ein Standort für die Feuerwehr vorzusehen.*
2. *Parallel zum Architekturwettbewerb ist eine Standortevaluation für die Feuerwehr vorzunehmen. Das Resultat ist spätestens mit dem Ergebnis des Architekturwettbewerbes dem Einwohnerrat vorzulegen.*
3. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss § 17 der Gemeindeordnung.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung zum Beschlusstext

Dem Beschlusstext wird einstimmig zugestimmt.

Cyрил Wiget bedankt sich, dass man sich für den Standort der Feuerwehr einsetzt und wird dies gerne so an die Feuerwehr weiterleiten. Er ist froh, dass alle Parteien zusammen mit den Kommissionen die Anträge überwiesen haben. Auch im Namen der Jugend bedankt er sich herzlich.

Gemäss Joe Brunner werden die Traktanden Nr. 10 und 11 aufgrund der Zeit vorgezogen.

7. Bericht und Antrag: Neue Geschäftsordnung des Einwohnerrates (2. Lesung) Nr. 257/08

Joe Brunner begrüsst zum 2. Teil der heutigen Sitzung. Nach einer heftigen 1. Lesung folgt nun die 2. Lesung. Er hofft, dass diese ein bisschen ruhiger abläuft und stellt fest, dass kein Eintreten mehr stattfindet.

Franz Baumann hat die verschiedenen eingegangenen Anträge zusammengefasst. Die Mitglieder des Einwohnerrates haben die entsprechende Zusammenstellung erhalten. Sofern notwendig, wird der Sprecher in der Detailberatung etwas dazu sagen.

Detailberatung

Art. 1 Konstituierende Sitzung

Daniel Piazza stellt folgenden Antrag: *Das jüngste Mitglied des Einwohnerrates hält eine kurze Eröffnungsrede.* Mit der Unterstützung dieses Antrages kann ein Signaleffekt ausgesendet werden. Es kann gezeigt werden, dass die Jungen angehört werden und ihr Wort Gewicht erhält. Gerade eine solche Eröffnungsrede zu Beginn der jeweils neuen Legislaturperiode gibt dem

jüngsten Mitglied die Möglichkeit, kurz ein paar Worte an die anderen 35 älteren Mitglieder des Einwohnerrates zu richten. Vielleicht bietet eine solche Rede sogar eine Plattform, die auch von der Krienser Bevölkerung ausserhalb des Pilatussaals gehört wird und die Jüngeren sich davon angesprochen fühlen. Mit der Unterstützung des Antrags wäre dies ein kleiner Schritt für den Einwohnerrat, aber ein grosser Schritt für ein junges Einwohnerratsmitglied.

Franz Baumann stellt fest, dass in 1. Lesung der Antrag, dass das jüngste Einwohnerratsmitglied die Sitzung eröffnet, klar abgelehnt wurde. Ein Entgegenkommen ist möglich. Es darf jedoch nicht sein, dass man sich darüber streitet, wer die Sitzung eröffnet bzw. diese bis zu den Wahlen leitet.

Für Stefan Meyer ist es nicht einleuchtend, dass die Jungen immer Privilegien haben müssen. Wenn ein junges Einwohnerratsmitglied das Bedürfnis hat, etwas zu sagen, kann es dies sicher auch auf einem anderen Weg machen. Er ist gegen den Antrag.

Susanne Lanz ist anderer Meinung. Es ist wichtig, dass die Jungen eine Stimme haben. Sie sollen diese Möglichkeit erhalten.

Patrick Koch fragt sich, ob das Bedürfnis vorhanden ist, eine Eröffnungsrede zu halten. Die neuen Ratsmitglieder sollen aktiv mitmachen. Dies ist auch mit Vorstössen möglich. Er findet den Antrag überflüssig und ist dagegen.

Judith Luthiger stimmt dem Antrag zu. Es ist eine tolle Idee. Es soll ein Zeichen gesetzt werden und evtl. animiert dies junge Menschen, aktiv in der Politik mitzumachen.

Für Räto Camenisch soll die Rolle bei der konstituierenden Sitzung nicht geteilt werden. Das älteste Mitglied soll die Sitzung eröffnen. Dies hat auch mit Lebenserfahrung und Weisheit zu tun. Die Jungen sollen zuerst lernen, zuzuhören.

Pia Zeder findet den Antrag gut. Es darf aber nicht ein Müssen sein. Sie will dies dem jüngsten Ratsmitglied nicht zumuten, wenn dies nicht gewünscht wird. Das älteste Mitglied soll die Sitzung eröffnen und leiten. Als Plattform für die Jungen ist eine Eröffnungsrede aber gut. Es ist aber wenig wertschätzend, wenn die jungen Einwohnerratsmitglieder nur zuhören sollen. Es gibt auch ältere Mitglieder, die neu im Einwohnerrat sind. Sie unterstützt den Antrag von Daniel Piazza.

Johanna Dalla Bona stellt fest, dass – sofern dem Antrag zugestimmt wird – das jüngste Mitglied aus der FDP-Fraktion kommt. Es darf jedoch nicht ein Müssen sein. Der Antrag müsste in ..kann... abgeändert werden.

Nicole Nyfeler findet es komisch, dass eine so lange Diskussion über den Antrag geführt wird. Sie findet es schade, dass man den jungen Leuten nicht zutraut, eine kurze Rede zu halten.

Zudem muss es nicht sein, dass das älteste Ratsmitglied Ratserfahrung hat. Auch junge Leute können der Gesellschaft etwas bieten.

Daniel Piazza dankt den befürwortenden Voten. Den Vorschlag von Johanna Dalla Bona übernimmt er gerne und ändert seinen Antrag wie folgt ab: *Das jüngste Mitglied des Einwohnerrates kann eine kurze Eröffnungsrede halten.* Die Rede soll eine Ergänzung zur Antrittsrede des ältesten Ratsmitglieds sein.

Martin Heiz hat mit dem Antrag Mühe. Es braucht nicht zwei Eröffnungsreden. Zudem müsste dann noch definiert werden, was mit jung gemeint ist. Er nennt dabei ein Beispiel betreffend Alter.

Daniel Piazza stellt klar, dass es auch sein kann, dass das älteste Ratsmitglied nur 45 Jahre alt ist.

Abstimmung über den Antrag von Daniel Piazza:
Mit 14:11 Stimmen wird dem Antrag zugestimmt.

Art. 2 Vereidigung

Franz Baumann stellt folgenden ergänzenden Antrag: *Die Mitglieder des Einwohnerrates werden in der konstituierenden Sitzung vor Beginn der Verhandlungen durch die Regierungstatthalterin bzw. den Regierungstatthalter vereidigt.* Begründung: § 35 Abs. 2 des Gemeindegesetzes sieht vor, dass die Gemeinden befugt sind, in einem rechtssetzenden Erlass die Vereidigung des Parlaments durch den Regierungstatthalter oder die Regierungstatthalterin vorzusehen. Dieser „Hierarchie“ soll durch die Ergänzung des Artikels 1 nachgelebt werden.

Dem Antrag wird nicht opponiert.

Art. 7 Zusammensetzung (Geschäftsleitung)

Judith Luthiger stellt folgenden Antrag: *Die Geschäftsleitung des Einwohnerrates setzt sich zusammen aus dem Ratspräsidium, dem Ratsvizepräsidium sowie je einer Vertretung derjenigen Fraktionen, die weder das Ratspräsidium noch das Ratsvizepräsidium besetzen.* Es war immer gemeint, dass es sich um eine Person der genannten Fraktion handelt.

Dem Antrag wird nicht opponiert.

Art. 8 Aufgaben der Geschäftsleitung

Redaktionelle Bereinigung: Die Juristensprache sieht kein Komma vor zwischen Artikelnummer und Abs.

Stefan Meyer bemerkt, dass, sofern Art. 46 Abs. 1 gestrichen wird, dann auch lit. e in Art. 8 gestrichen wird.

Art. 12 Abs. 3 Protokollführung, Inhalt und Art. 13 Protokollgenehmigung

Gemäss Stefan Meyer sollen Unsicherheiten vermieden werden und darum muss es entweder immer *schriftlich* oder immer *elektronisch* heissen.

Für Franz Baumann gilt elektronisch auch als schriftlich. Somit würde nur die schriftliche Bezeichnung genügen.

Johanna Dalla Bona macht beliebt, dass elektronisch in schriftlich umgewandelt wird.

Stefan Meyer will die Meinung des Gemeinderates wissen.

Gemäss Guido Solari ist sich der Einwohnerrat gewohnt, auf dem elektronischen Weg informiert zu werden. Dies will man auch beibehalten.

Hansruedi Kunz geht es genau darum. Es soll einheitlich sein.

Guido Solari stellt klar, dass bei Art. 13 Abs. 1 der Einwohnerrat wählen kann, ob er Einsprachen gegen das Protokoll schriftlich, d.h. per Post oder elektronisch per Mail machen will.

Susanne Lanz will das Einwohnerratsprotokoll wie bis anhin nicht im PC, sondern in ausgedruckter Form lesen.

Gemäss Guido Solari ist dies auch weiterhin möglich.

Für Martin Heiz ist elektronisch = alles über Internet bzw. Mail und schriftlich = per Post. Es sollen doch beide Varianten eingefügt werden, dann ist es klar.

Patrick Koch teilt mit, dass das Ratsbüro beschlossen hat, das Protokoll weiterhin auch per Post zuzustellen.

Franz Baumann stellt fest, dass es Mitglieder gibt, welche nicht am PC arbeiten und gewisse Unterlagen lieber in Papierform haben. Die Verwaltung muss so flexibel sein und diese Unterlagen per Post zustellen. So wie es bis anhin auch gemacht wurde. Man muss das Gespür haben, welche Unterlagen wie zugestellt werden.

Joe Brunner beschliesst, dass in der Geschäftsordnung *schriftlich oder elektronisch* aufgenommen wird.

Art. 14 lit. f) Bestellung

Judith Luthiger stellt fest, dass § 38 der Gemeindeordnung richtig ist.

Art. 15 Abs. 3 Einberufung, Beratungen, Abstimmungen

Franz Baumann schlägt vor, dem Antrag der CVP, das Wort "nachrückende" zu streichen, anzunehmen. Im Zusammenhang mit der Vereidigung von "später in den Rat eintretenden" Ratsmitgliedern könnte ohnehin die Überlegung angestellt werden, dass die Vereidigung durch den Einwohnerrat auch für diejenigen Ratsmitglieder, die an der konstituierenden Sitzung z.B. krankheitshalber nicht teilnehmen können, durch den versammelten ER erfolgt. Das heisst: Es sind nicht ausschliesslich nachrückende Einwohnerratsmitglieder, die nicht durch den Regierungsstatthalter vereidigt werden.

Dagegen wird nicht opponiert.

Art. 32 Abstimmungsregeln

Martin Heiz will wissen, ob es jedem Einwohnerratsmitglied klar ist, wie das Abstimmungsverfahren abläuft.

Dies wird bejaht.

Art. 46 Abs. 1 Formelle Prüfung, Zustellung

Stefan Meyer stellt den Antrag, Abs. 1 ersatzlos zu streichen. Eine formelle Prüfung von Vorstössen ist nicht nötig.

Martin Heiz unterstützt diesen Antrag. Bereits in der 1. Lesung wurde beantragt, dass keine formelle Prüfung der Vorstösse stattfindet.

Franz Baumann stellt klar, dass es nur um eine formelle, nicht aber um eine inhaltliche Prüfung geht. Eingereichte Vorstösse sollen geprüft werden, ob sie der Geschäftsordnung entsprechen. Die Angst ist unbegründet.

Guido Solari weist darauf hin, dass es die formelle Prüfung auch im Initiativrecht gibt. Dabei prüft der Gemeinderat, ob eine Initiative als solche richtig ist. Ansonsten werden die Initianten beim Prüfungsverfahren darauf hingewiesen. Er bittet dem Antrag des Ratsbüros zuzustimmen und Art. 46 Abs. 1 nicht zu streichen.

Stefan Meyer ist der Meinung, dass mit diesem Absatz die Aktionsfreiheit des Einwohnerrates unnötig eingeschränkt wird, indem der parlamentarische Vorstoss formell geprüft wird. Dem Einwohnerrat darf zugemutet werden, dass er einen Vorstoss korrekt schreibt, ansonsten wird die betroffene Person an der entsprechenden Sitzung darauf hingewiesen. Wenn formell etwas verbessert werden soll, dann an der Struktur.

Gemäss Helene Meyer-Jenni geht es nicht um eine Blamage oder eine "Zurückstutzung", sondern darum, ob der Vorstoss richtig angewendet wird. Die Kriterien haben im Gegensatz zu früher extrem abgeflacht. Oft wurde eine Motion eingereicht, obwohl es formell ein Postulat gewesen wäre. Alle, die Erfahrungen im Kantonsrat gesammelt haben, stimmen ihr sicher zu, dass es im Einwohnerrat Kriens manchmal ein bisschen "drunter und drüber" geht. Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass dies mit der neuen Legislatur besser funktioniert.

Erich Tschümperlin hat sich darüber auch Gedanken gemacht. Was macht der Einwohnerrat mit Vorstössen, bei welchen er keine Kompetenz hat? Mit welchem Instrument kann ein Vorstoss "gebremst" werden? Eine formelle Prüfung kann auch eine Hilfe sein. So muss man im Rat sicher viel weniger über die Art des Vorstosses diskutieren. Zudem sagt eine formelle Prüfung nichts über den Inhalt aus.

Robert Thalmann stimmt dem Antrag von Stefan Meyer zu. Es ist richtig, dass eine Verflachung stattgefunden hat. Eine Vorprüfung des Vorstosses ist aber nicht die richtige Lösung. Er schlägt vor, dass man ein Muster von Vorstössen für die Mitglieder zur Verfügung stellt oder diese an einer Weiterbildung über die parlamentarischen Vorstösse informiert.

Räto Camenisch gibt Helene Meyer-Jenni recht. Es war für ihn ein Erlebnis, wie im Einwohnerat mit den Vorstössen "umgegangen" wurde. Mit der vorgeschlagenen Formulierung in der Geschäftsordnung ist er jedoch nicht einverstanden. Es ist eine Einschränkung für die Mitglieder.

Für Martin Heini geht es schlussendlich um die Effizienz im Rat. Innerhalb der letzten vier Monate wurden viele Vorstösse behandelt. Seines Erachtens ist es viel effizienter, wenn eine Stelle eine formelle Prüfung vornimmt und anschliessend bei der Behandlung alles richtig abläuft. Eine Schulung ist nicht effizient. Zudem ist es keine Vorprüfung, sondern eine formelle Prüfung.

Judith Luthiger ist der gleichen Meinung wie Martin Heini. Die SVP ist eine grosse Fraktion und soll ihre Leute selber schulen. Jede Fraktion soll ihre neuen Mitglieder in den Ratsbetrieb einführen.

Martin Heiz stellt sich das Ganze praktisch vor und nennt ein Beispiel, bei welchem die Presse vor der Verwaltung informiert wird und anschliessend heisst es, dass der Vorstoss nicht richtig ist. Aber dann ist es bereits zu spät, weil die Medien schon informiert sind. Eine formelle Prüfung würde zu lange dauern.

Stefan Meyer staunt, wie wenig man an die Lernfähigkeit des Einwohnerrates glaubt. Er hat Mühe mit dem Selbstverständnis.

Susanne Lanz ist froh um das Votum von Martin Heiz. Die Verwaltung informiert nämlich die Presse gleichzeitig wie die Mitglieder des Einwohnerrates. Somit muss man die Medien nicht vorgängig informieren. Sie weiss nicht, vor was gewisse Mitglieder Angst haben.

Robert Thalmann hat vor nichts Angst. Das Problem ist die Effizienz. Wenn der Präsident und Gemeindeglieder jeden Vorstoss prüfen müssen, benötigt dies Zeit. Dringliche Vorstösse werden zudem meistens kurzfristig eingereicht, dann ist eine formelle Prüfung auch nicht mehr möglich.

Für Susanne Lanz ist es sinnvoller, wenn eine Person entscheidet, ob der Vorstoss formell in Ordnung ist, anstatt dass der gesamte Einwohnerrat darüber an der Sitzung diskutiert.

Pia Zeder bittet Guido Solari um eine Präzisierung. Es ist nicht die Meinung, dass "falsche" Vorstösse von der Geschäftsleitung umformuliert werden, sondern zurück an die/den Verfasser/in gehen.

Guido Solari bejaht dies. Die Vorstösse werden nur formell geprüft und allenfalls Hilfe bei einer nötigen Umformulierung angeboten.

Werner Baumgartner wundert sich über die Gläubigkeit des Formalismus. Der Einwohnerrat will ja über den Inhalt diskutieren und er ist sicher genug effizient, um über die Art des Vorstosses zu entscheiden.

Auch Nicole Nyfeler will über den Inhalt eines Vorstosses diskutieren, aber nicht auch noch über die Form. Darum ist eine formelle Prüfung richtig.

Martin Heiz will wissen, was dann mit den dringlich eingereichten Vorstössen passiert. Wie und wann soll dann eine Prüfung stattfinden? Es kann nicht sein, dass dann nur noch dringliche Vorstösse eingereicht werden, weil diese aus Zeitgründen nicht geprüft werden können.

Hansruedi Kunz ist für die Streichung des Absatzes. Wenn die formelle Prüfung eingeführt wird, fällt der nächste Artikel dahin.

Gemäss Franz Baumann wird die formelle Prüfung postwendend gemacht. 90 % der Vorstösse werden korrekt sein. Es gibt keine Verzögerung, nur weil zuerst eine Prüfung stattfindet. Zudem wird es fast keine dringlichen Vorstösse mehr geben, da jeder Vorstoss an der nächstmöglichen Sitzung traktandiert wird. Dies ist der Vorteil der neuen Geschäftsordnung.

Rolf Bättig ist für eine Abstimmung. Die Meinungen sind bereits gemacht.

Abstimmung über die Streichung von Art. 46 Abs. 1:

Mit 17:9 Stimmen wird der Antrag der CVP/JCVP-Fraktion genehmigt und Art. 46 Abs. 1 somit gestrichen. Dies hat zur Folge, dass auch Art. 8 lit. e gestrichen wird.

Art. 56 Bemerkungen

Franz Baumann stellt den Antrag, diesen Artikel ersatzlos zu streichen. Die Bemerkungen führten in der Vergangenheit oft zu langen Voten ohne eigentliche Grundlagen. Der Stellenwert kann nicht richtig zugeordnet werden. Bemerkungen haben zwar kommentierenden Charakter und sind unverbindlich, trotzdem bringen sie Unklarheiten, wie aussagekräftig eine Bemerkung gewertet und weiterverwendet werden kann.

Auch für Johanna Dalla Bona namens der FDP ist dieser Artikel nicht notwendig und soll gestrichen werden.

Gemäss Räto Camenisch wurde darüber bereits in der 1. Lesung diskutiert. Die Bemerkungen sind eine Meinungsäußerung gegenüber des Gemeinderates. Mit diesem Instrument kann man zu Details etwas sagen. Es ist für den Gemeinderat nicht verbindlich, aber das Parlament kann damit seine Meinung sagen.

Abstimmung über die Streichung von Art. 56:

Mit 15:13 Stimmen wird Art. 56 gestrichen.

Art. 58^{bis} Protokollerklärung

Franz Baumann stellt klar, dass in der 1. Lesung nicht darüber abgestimmt wurde, ob die Protokollerklärung in die neue Geschäftsordnung aufgenommen werden soll. Er stellt den Antrag, diese nicht aufzunehmen. Es ist überflüssig, da mit der heutigen Form der Protokollierung dem bereits Rechnung getragen wird. Alle wesentlichen Aussagen und Bemerkungen werden schriftlich festgehalten und mit einem Rückkommensantrag kann erneut eine Erklärung zu einem Geschäft abgegeben werden, was ebenfalls schriftlich festgehalten wird. Zudem steht es jedem Einwohnerrat zu, allfällige Änderungen oder Korrekturen bei der Durchsicht des Protokolls anzubringen.

Johanna Dalla Bona unterstützt den Antrag von Franz Baumann. An der letzten Einwohnerrats-sitzung hat man gesehen, wie mühsam die Protokollerklärungen waren.

Abstimmung über die Streichung von Art. 58^{bis}:

Mit 20:7 Stimmen wird Art. 58^{bis} gestrichen.

Art. 45 Arten, Form und Einreichung

Franz Baumann verlangt Rückkommen betreffend schriftlich oder elektronisch. Er fragt, ob somit auch Vorstösse nur per Mail, d.h. auch elektronisch eingereicht werden können?

Erich Tschümperlin fragt sich, wie weit dies rechtlich gültig ist, ansonsten müssten die Vorstösse weiterhin schriftlich eingereicht werden.

Guido Solari bestätigt, dass e-mail ein unsicheres Kommunikationsmittel ist. Der Einwohnerrat muss entscheiden, welche Form gilt.

Für Martin Heiz ist die Zustellung über Mail kein Problem. Er hat dies schon öfters gemacht. Es ist der schnellste Weg.

Bruno Bienz stellt die meisten Vorstösse per Mail der Gemeindekanzlei zu und sendet anschliessend noch den Vorstoss mit den Originalunterschriften per Post. Rechtlich würde dies jedoch sicher keine Gültigkeit haben.

Bernadette Hauser geht von der Ehrlichkeit des Einwohnerrates aus.

Franz Baumann präzisiert, dass die Unterschriften nicht von der Gemeindekanzlei auf den Vorstoss kopiert werden.

Erich Tschümperlin wollte nur sagen, dass es möglich wäre, dass jede Person auf diese Art einen Vorstoss einreichen könnte. Mail-Adressen und Unterschriften sind leicht zu fälschen.

Abstimmung über Art. 45 Abs. 3 – Ergänzung mit ...oder elektronisch:
Mit 21:5 Stimmen wird der Ergänzung zugestimmt.

Gemäss Räto Camenisch kann die SVP-Fraktion der Geschäftsordnung nicht zustimmen. Es wurden zu viele Artikel gestrichen, welche für die SVP wichtig sind.

Es wird kein Rückkommen verlangt.

Joe Brunner liest folgenden Beschlusstext:

1. *Die Geschäftsordnung des Einwohnerrates wird genehmigt.*
2. *Dieser Beschluss tritt auf den 1. September 2008 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt werden die Geschäftsordnung des Einwohnerrates vom 2. Mai 1991 sowie alle widersprechenden Erlasse aufgehoben.*

Abstimmung über den Beschlusstext:
Mit 22:6 Stimmen wird die Geschäftsordnung des Einwohnerrates erlassen.

8. Bericht und Antrag: Genehmigung der Organisationsverordnung und Kenntnisnahme der Geschäftsordnung des Gemeinderates Nr. 280/08

Gemäss Stefan Meyer namens der FGK dient der vorliegende Bericht und Antrag mehr der Transparenz als einer eigentlichen parlamentarischen Entscheidung. Die Mitwirkung des Einwohnerrates ist sehr bescheiden. Die Unterlagen sind definierte Führungsinstrumente für den Gemeinderat, welcher versucht hat, das Optimum herauszuholen. Der Gemeinderat hat sich hohe Ziele gesetzt. Der Sprecher verweist auf Art. 10 der Organisationsverordnung. Weiter wurde in der Kommission ausführlich über das Kollegialitätsprinzip diskutiert. Die FGK ist insgesamt der Auffassung, dass mit Sorgfalt und durchdachtem Konzept gearbeitet wurde und keine "Killer-Elemente" vorhanden sind. Die Organisationsverordnung kann somit genehmigt werden.

Helene Meyer-Jenni stellt klar, dass die beiden Papiere, die Organisationsverordnung einerseits und die Geschäftsordnung des Gemeinderates andererseits, für den Gemeinderat und die Verwaltung bestimmt keine "Papier-Tiger" sind. Sie sind die Grundlagen für die Klärung der alltäglichen Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Dies ist insbesondere von grosser Bedeutung, da zur Zeit bedeutende personelle Veränderungen im Gemeinderat aber auch auf der Kaderstufe der Gemeindeverwaltung passiert sind oder demnächst passieren werden. Innerhalb des Gemeinderates geht das Wissen und die Erfahrung langjähriger Mitglieder verloren. Der Gemeindegeschreiber und weitere Abteilungsleiter haben die Verwaltung bereits verlassen, oder es haben in den letzten Monaten ebenfalls grosse Ablösungen stattgefunden.

Basierend auf der neuen Gemeindeordnung, die seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist und den bestehenden Werken wurden diese beiden neuen Papiere aufgebaut. Dabei hat der Gemeinderat die Erfahrungen der letzten Jahre miteinbezogen. Er hat darauf geachtet, wo Lücken bestehen, wo Präzisierungen notwendig sind und wo allenfalls Unklarheiten entstehen könnten. Sehr interessant sind auch die Feststellungen und Erfahrungen des neuen Gemeindegeschreibers, der mit freiem Blick und spannenden Fragestellungen entscheidende Impulse setzen konnte. Beide Papiere sollen aufgrund ihrer neuen Systematik auch den übergeordneten und weiteren Regelwerken entsprechen und somit gut lesbar und umsetzbar sein.

Der Einwohnerrat wird viel Bekanntes wieder darin finden aber auch einige zeitgemässe Veränderungen und Anpassungen feststellen können. Diese sind nicht zuletzt auch aus den Diskussionen rund um die neue Gemeindeordnung bzw. während ihrer Entstehung aufgenommen und nun in die Organisationsverordnung und die Geschäftsordnung des Gemeinderates eingeflossen. Der Gemeinderat dankt dem Einwohnerrat, wenn er mit der Genehmigung bzw. der Kenntnisnahme der weiteren Vervollständigung der neuen Grundlagen helfen kann.

Detailberatung Organisationsverordnung

Art. 12 Departemente

Bernadette Hauser will wissen, wieso Einbürgerungen und Integration nicht im gleichen Departement zugeteilt sind.

Helene Meyer-Jenni antwortet, dass dies aufgrund der neuen Pensenverteilung des Gemeinderates aufgeteilt wurde. Beides kann dem Präsidialdepartement oder Sozialdepartement zugeteilt werden. Einbürgerungen sollen dem Präsidialdepartement zugeordnet werden, da dies

über das Zivilstandsamt abgewickelt wird. Bis anhin waren für die Integration beide Departemente zuständig. Neu soll dafür nur noch das Sozialdepartement die Verantwortung haben.

Judith Luthiger stellt fest, dass Art. 12 nicht mit den am Schösslgespräch verteilten Unterlagen übereinstimmt. Welches ist nun richtig?

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist Art. 12 noch nicht definitiv, da noch nicht klar ist, ob die Sport- und Freizeitanlagen sowie der öffentliche Verkehr dem Umwelt- und Sicherheitsdepartement angegliedert werden. Dieser Prozess ist noch im Gange. Art. 12 soll vorerst so bestehen bleiben, im Bewusstsein, dass dieser auf den 1. September 2008 angepasst werden muss.

Franz Baumann zitiert folgenden Satz aus dem Bericht und Antrag: *Sowohl die Organisationsverordnung wie auch die Geschäftsordnung des Gemeinderates sind Produkte, welche stetig an neue Gegebenheiten und Anforderungen anzupassen sind.* Dies ist ein wichtiges Kriterium. Die Genehmigung hat die Konsequenz, dass stetig Veränderungen vorgenommen werden können.

Helene Meyer-Jenni betont, dass der Gemeinderat keine Veränderungen ohne Genehmigung des Einwohnerrates vornehmen kann.

Detailberatung Geschäftsordnung des Gemeinderates

keine Wortmeldungen

Detailberatung zum entsprechenden Bericht und Antrag

keine Wortmeldungen

Joe Brunner stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und liest den Beschlusstext:

1. *Die Organisationsverordnung der Gemeinde Kriens vom 28. Mai 2008 wird genehmigt.*
2. *Die Geschäftsordnung des Gemeinderates Kriens vom 28. Mai 2008 wird zur Kenntnis genommen.*
3. *Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.*

Abstimmung:

Der Beschlusstext wird einstimmig genehmigt.

9. Bericht: Rückblick Legislaturprogramm 2004 – 2008 Nr. 279/08

Joe Brunner hält einleitend fest, dass der Rückblick in das politische Arbeiten während den letzten 4 Jahren dem Rat ein Zurückschauen in die Vergangenheit bietet. Sind die Ziele und Forderungen erreicht? Dazu jetzt als Erstes die Stellungnahme der Kommissionen.

Die FGK hat dieses Thema gemäss Stefan Meyer nicht behandelt.

Die BK hat gemäss Franz Baumann den B+A an ihrer Sitzung kurz behandelt, hat aber nichts spezielles festgestellt.

Nach Susanne Lanz war dieses Thema bei der SGK-Sitzung nicht traktandiert.

Die VBK hat den B+A Rückblick Legislaturprogramm 2004 - 2008 gemäss Matthias Senn behandelt, aber nichts erwähnenswertes festgestellt.

Nach Patrick Koch hat die USK diesen B+A nicht behandelt.

Gemäss Helene Meyer-Jenni gibt der Gemeinderat dem Einwohnerrat mit diesem Rückblick zum Legislaturprogramm 2004 – 2008 Rechenschaft über die Zielerreichung der umgesetzten oder noch pendenten Massnahmen sowie über die heutige Beurteilung, der vor rund 3 ½ Jahren gemachten Aussagen. Der Gemeinderat hat seine Arbeit während den vergangenen vier Jahren auf das vorliegende Legislaturprogramm ausgerichtet. Der Gemeinderat hat grundsätzlich folgende Schlussfolgerungen gemacht:

- Grossmehrheitlich sind die Umsetzungen als Leitlinien angegangen und mindestens im Ansatz erreicht worden. Es liegen keine umwerfenden Resultate vor. Der Rückblick zeigt aber, dass doch einiges angepackt, geplant, vorbereitet und teilweise realisiert werden konnte.
- Die Gemeinde Kriens steht mitten in grossen Prozessen und Projekten, die auch in den kommenden Jahren prägend sein werden.
- In diesem Legislaturprogramm hat man sich auf Neuland begeben indem man sich nicht am Kontoplan sondern an Bereichen orientiert hat. Es wird zu überprüfen sein, wie diese Vorgehensweise in den kommenden vier Jahren sinnvollerweise vorzunehmen ist.
- Der Gemeinderat konnte feststellen, dass Ziele genau definiert und mit Indikatoren versehen werden sollen, um diese auch messen und beurteilen zu können.
- Sinnvollerweise wird auch ein Legislaturprogramm bzw. Grundsatzaussagen in eine jährliche Planung und Überprüfung einbezogen. Daher wird der Gemeinderat zu Beginn der neuen Legislatur entscheiden, ob er weiterhin mit einem Legislaturprogramm sowie einer mehrjährigen Finanz- und Aufgabenplanung arbeiten möchte oder ob die Grundsatzausrichtun-

gen im Sinne von Beständigkeiten und langfristigen Verbindlichkeiten direkt in die Mehrjahres-Aufgaben- und Finanzplanung aufgenommen werden sollen.

Interessant ist aber auch, dass sich einige Themen nach vier Jahren akzentuiert und teilweise auch verschoben haben. Der Gemeinderat ist gespannt, wie der Einwohnerrat die vier Jahre beurteilt und steht gerne Red und Antwort. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, vom Rückblick des Legislaturprogrammes 2004 – 2008 Kenntnis zu nehmen.

Pia Zeder, namens der Grüne/SP, findet es sinnvoll, den Blick nach vorn zu richten und sich zu überlegen, was politisch wünschbar und machbar ist. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, zu überprüfen, welche Ziele erreicht, welche nicht erreicht sind, wie es mit der Umsetzung der Massnahmen steht. In diesem Sinn begrüsst der Einwohnerrat im Mai 2005 das Legislaturprogramm und begrüsst heute den Rückblick des Gemeinderates. Der Rückblick ist übersichtlich gestaltet, gut lesbar und erlaubt eine Gesamtsicht über die politische Arbeit der letzten Jahre.

Für die künftige politische Planung möchte die Grüne/SP-Fraktion dem Gemeinderat zwei Gedanken mitgeben:

- Die Fraktion wünscht sich, dass der Gemeinderat zusammen mit dem Einwohnerrat grundsätzliche Überlegungen zur Entwicklung von Kriens macht und diese in Form von Leitsätzen festhält. Die Mehrjahres- und Jahresziele mit den entsprechenden Massnahmen wären diesen Leitsätzen zuzuordnen und so Kontinuität in der politischen Arbeit leichter zu erreichen.

Dem heutigen Instrument Legislaturprogramm fehlt diese grundsätzliche Ebene. Strategische Ziele wie z.B. "Positionierung von Kriens als attraktive Wohngemeinde" stehen neben operativen Zielen wie etwa „Optimierung der Entsorgungslogistik“.

- Es soll eine rollende Überarbeitung der Ziele erfolgen. Wie das Beispiel der Schulsozialarbeit zeigt, können Ziele aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sehr schnell nicht mehr aktuell sein. Bei Erlass des Lehrplans war Kriens eine der ersten Gemeinden im Kanton die Schulsozialarbeit einführen wollten. Unterdessen ist Schulsozialarbeit Pflicht und Kriens weit weg von den kantonalen Vorgaben.

Zurück vom Grundsätzlichen zum konkreten Bericht. Der Rückblick zeigt, dass in dieser Legislatur gearbeitet wurde. Bloss 2 der geplanten 59 Massnahmen wurden nicht in Angriff genommen, andererseits wurden auch bloss 21 der 59 geplanten Massnahmen vollständig umgesetzt. Wäre weniger mehr?

Eher flügelahm erscheinen der Grüne/SP-Fraktion die Aktivitäten des Gemeinderates z.B. bei der Förderung des eigenverantwortlichen Handelns der Klientinnen und Klienten des Sozialamts. Lakonisch, denn auch der Kommentar des Gemeinderates: Dauerauftrag. Man könnte auch sagen: Dass dies nicht eigentlich angepackt wurde. Ist dem Gemeinderat dieses Thema zu wenig wichtig? Oder bei der Verbesserung des öV: Weder Busleitsystem noch Dosierungen sind, obwohl weitere drei Jahre ins Land gezogen sind, entscheidende Schritte weiter gekommen. Auch bei der Anpassung der Klassengrössen an den Agglo-Durchschnitt wurde das Ziel verfehlt. Anstatt die 06/07 eingeleitete Entwicklung fortzusetzen, steigen die Klassenbestände ab dem Schuljahr 2007/08 bereits wieder an. Bei der Sanierung des Schwimmbads hat die Mehrheit des Einwohnerrates wacker mitgeholfen, das gesteckte Ziel nicht zu erreichen, was die Grüne/SP-Fraktion sehr bedauert.

Nach der Kritik, darf Lob nicht fehlen, schliesslich möchte Pia Zeder als austretende Einwohnerrätin nicht als Nörglerin in Erinnerung bleiben. Was wird als Erfolg der Krienser Politik gewertet?

- Horteröffnung im Heinrich Walter Haus
- Bellpark: Neukonzeption ermöglicht dem Museum, sich optimal zu entfalten. Einzelne Ausstellungen schafften es bis in die Internationale Presse. Das Museum ist regelmässig präsent auch im Kulturplatz von SF DRS.
- Die Eröffnung der Info- und Anlaufstelle für Migrantinnen durch den Verein Kriens integriert, mit Spannung wird hier auf den Tatbeweis gewartet.

Werner Baumgartner, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist grundsätzlich mit dem B+A Rückblick Legislaturprogramm einverstanden. Schlussendlich ist es ein Auftrag des Staates das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger langfristig und nachhaltig sicherzustellen. Ein Legislaturprogramm ist Teil einer langfristigen Planung. Diese Ziele zu erreichen ist eine gemeinsame Aufgabe des Gemeinderates, des Einwohnerrates und der Bevölkerung. Der Gemeinderat hat die tragende, sprich die führende Rolle. Es wurde gute Arbeit geleistet, aber es bleibt sehr viel zu tun. In den letzten 4 Jahren hatte man leider keine Aufbruchstimmung gespürt. Es wurde solide gearbeitet, die Pflichten erfüllt. Die Emotionen, die Visionen und der Glaube an etwas Unglaubliches fehlten aber. Der Gemeinderat könnte z.B. die Vision einer Velostadt haben, er könnte sich zum Ziel setzen Kriens als die Gemeinde mit besonders effizienten Verwaltungsprozessen für Wirtschaftsfragen bekannt zu machen oder man könnte sich das Ziel setzen ökologisches Bauen besonders zu fördern. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass in diesem Fall weniger fast mehr ist. Zum Teil ist der Plan sehr unkonkret, es wäre besser, wenn es konkreter wäre. Zum Massnahmenplan auf der Seite 13 beim Punkt "Erarbeitung Massnahmenpaket für die Optimierung des Finanzhaushaltes" ist unklar, weshalb das Kreuz in der zweiten Spalte ist. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden hat seines Wissens bis jetzt so gut wie gar nicht stattgefunden. Wenn es so lange ging, bis das Kreuz in der 2. Spalte ist, wie lange dauert es dann, bis es erledigt ist?

Helene Meyer-Jenni möchte gerne Stellung zu den Voten ihrer Vorrednern nehmen. Sie war etwas überrascht, als Pia Zeder bei den einzelnen Punkten so genaue Ausführungen machte. Der Gemeinderat nimmt dies aber so entgegen. Langfristig und nachhaltig denken ist gut und recht, aber man sollte auch handeln. Die vielen Massnahmen zu reduzieren, diese dann aber umzusetzen wäre sinnvoll. Wichtig ist, dass man sich im Klaren ist, was man wirklich will und ob auch die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen. In dieser Legislatur hat man viel geplant, in der nächsten sollte gehandelt werden. Zum Votum von Werner Baumgartner denkt die Sprechende, dass ein langfristiges und nachhaltiges Denken und Handeln nicht nur vom Gemeinderat umgesetzt werden kann, denn dazu braucht er die Bereitschaft und die Finanzen des Einwohnerrates. Dass beim Punkt 1 auf der Seite 13 des Rückblickes keine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden stattgefunden hat, nimmt sie auf die Kappe des Gemeinderates. Es gab auch viele Punkte, die unmöglich zu behandeln waren. Wenn man der Meinung ist, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden so wichtig ist, dann wird die Fusionsfrage in der nächsten Legislatur behandelt.

Der Bericht Nr. 279/08 wird zur Kenntnis genommen.

10. Bericht und Antrag: Abrechnung Baukredit Schüelerhort / Mittagstisch
Heinrich Walther-Haus Nr. 265/08

Gemäss Stefan Meyer hat die FKG die zwei Abrechnungen geprüft. Die rechnerische Richtigkeit wird bestätigt und es wurden keine Punkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung der beiden Abrechnungen sprechen. Die beiden Berichte und Anträge können mit Dank und Anerkennung genehmigt werden.

Cyrill Wiget stellt fest, dass der Kredit gut investiert wurde und man mit dem Resultat zufrieden sein darf. An gewissen Tagen ist die Kapazität im Schüelerhort erreicht. Es war ein guter und sinnvoller Schritt vom Einwohnerrat, diesem Projekt zuzustimmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, liest Joe Brunner den Beschlusstext:

Die Bauabrechnung Hort Heinrich-Walther-Haus wird im Betrage von Fr. 293'624.55 genehmigt.

Abstimmung:
Der Beschlusstext wird einstimmig genehmigt.

11. Bericht und Antrag: Bau- und Investitionskostenabrechnung Integrierter
Informatikunterricht an der Primarstufe Nr. 266/08

Stefan Meyer hat bereits beim Traktandum 10 dazu Stellung genommen.

Joe Brunner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden und liest den Beschlusstext:

Die Bau- und Investitionskostenabrechnung Integrierter Informatikunterricht an der Primarstufe im Betrage von Fr. 755'299.40 wird genehmigt.

Abstimmung:
Der Beschlusstext wird einstimmig genehmigt.

12. Bericht und Antrag: Teilrevision des Reglements über das St. Niklausenklöpfen Nr. 258/08

Gemäss Bruno Peter sind die Gründe und Bemerkungen zur Teilrevision im Bericht und Antrag auf Seite 3 ersichtlich. Weitere Ausführungen erübrigen sich.

Leo Bolzern stellt fest, dass das St. Niklausenklöpfen in Kriens eine lange und beachtliche Tradition hat. Viele St. Niklausenklöpfen-Lehrer geben sich grosse Mühe, den kleinen und grossen Kinder den Brauchtum beizubringen. Auch viele ausländische Kinder erfreuen sich an dieser Tradition und es ist für alle eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Teilrevision des Reglements sieht eine Lockerung bezüglich Ruhezeiten vor. Dem kann der Sprecher nur zustimmen. Es ist jedoch wichtig, dass man vor allem die Kinder auf die Gefahren, welche auf der Strasse lauern und auch auf die Gesetzgebung aufmerksam macht. Die FDP-Fraktion wird der Teilrevision des Reglements über das St. Niklausenklöpfen zustimmen.

Auch Bernadette Hauser namens der CVP/JCVP-Fraktion findet die Anpassungen sinnvoll, insbesondere die Ergänzung mit Art. 4, dass die zeitliche Einschränkung am 8. Dezember nicht gilt. Ebenfalls die Streichung der Haft in Art. 5 ist richtig. Die CVP/JCVP-Fraktion wird dem Bericht und Antrag ebenfalls zustimmen.

Stefan Meyer macht auf einen kleinen Rechtschreibfehler bei Mariä Empfängnis aufmerksam.

Joe Brunner stellt fest, dass der Gemeinderat die Teilrevision des Reglements nur in einer Lesung behandeln möchte. Dafür müssen 2/3 der anwesenden Mitglieder der Änderung zustimmen.

Detailberatung

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen verlangt werden, liest Joe Brunner den Beschlussstext:

1. *Das Reglement über das St. Niklausklöpfen vom 25. Oktober 1979 wird wie folgt geändert:*
 - Art. 3
Das St. Niklausklöpfen ist verboten
 - über die Mittagszeit von 12.00 bis 13.00 Uhr
 - in der ganzen Gemeinde Kriens von 22.00 bis 08.00 Uhr sowie
 - an Sonn- und Feiertagen bis 14.00 Uhr
 - Art. 4
¹ *Am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) findet der traditionelle Samichlausumzug mit dem "Ausklöpfen" statt. An diesem Tag gilt die zeitliche Beschränkung nicht.*
 - Art. 5
Wer gegen Art. 1, 2 und 3 dieses Reglements verstösst, wird im Sinne von §§ 3 und 4 UeStG mit Busse bestraft. In leichten Fällen kann ein Verweis ausgesprochen werden.
2. *Vorbehältlich der Genehmigung des Regierungsrates der vorgenommenen Änderungen treten diese per 1. November 2008 in Kraft.*

3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung:

Dem Beschlusstext wird einstimmig zugestimmt.

Mittagspause von 11:45 Uhr bis 13:30 Uhr

13. Motion Dalla Bona namens der FDP-Fraktion: Arbeit vor Sozialhilfe Nr. 250/08

Johanna Dalla Bona hat zu Beginn ihrer Amtszeit vor 3 Jahren auf ihre Fragen im Rahmen von Kommissionssitzungen der SGK oder von Abteilungsbesuchen die Antworten erhalten, dass Missbrauch in der gesetzlichen Sozialhilfe kaum ein Thema in Kriens ist und die vorhandenen Integrationsprojekte zur Wiedereingliederung von Personen in die Arbeitswelt genügen. Dass diese Aussagen vielleicht etwas zu positiv formuliert wurden, zeigt ein gewisses Umdenken, das in der Vergangenheit nun auch in Kriens stattgefunden hat. Dieses Umdenken hat vielleicht nicht zuletzt auch aufgrund von diversen Berichterstattungen in den Medien stattgefunden, Berichte z.B. über den Fall Zürich oder aber auch über neue Integrationsprojekte in den Arbeitsmarkt wie Speranza, welches vom FDP Nationalrat Otto Ineichen injiziert worden ist und mit grossem Erfolg arbeitet. Das Umdenken in Kriens zeigt sich in der Zusammenarbeit mit neuen Arbeitslosenprojekten wie z.B. Buez, Projekt 18+ und auch mit aufgezeigten Massnahmen im Finanzplan 2008 – 2012. Für die FDP-Fraktion ist dies aber noch zu wenig, auch zu wenig konkret und man habe daher beim Gemeinderat ein Massnahmenpaket beantragt, um aufzuzeigen, wie man gedenkt, die Ausgaben in der gesetzlichen Sozialhilfe "in den Griff zu bekommen". Fakten sind nämlich, dass diese trotz der guten Wirtschaftskonjunktur ungebremsst steigen und Kriens im Jahr 2007 über 6 Mio. Franken dafür ausgegeben hat. Die FDP freut sich natürlich, dass der Gemeinderat die Motion entgegennimmt, setzt er damit doch ein Zeichen, dass das Problem mehr als ernst ist. Was jedoch überhaupt nicht verstanden wird ist, dass er gleichzeitig eine Abschreibung fordert, seinen Auftrag somit als erledigt betrachtet. Das ist er zweifelsohne nicht, oder die Motionärin ist die einzige, die einen vollständigen Bericht nicht bekommen hat. Bei allem Verständnis dafür, dass der Sozialvorsteher seinem Nachfolger gerne zusätzliche Arbeit ersparen möchte, ist dieses Thema doch zu wichtig, um es auf die Schnelle zu erledigen. Auch mit der Orientierung von Peter Prinz anlässlich der vergangenen SGK-Sitzung über eine neue Massnahme zur Reintegration in die Arbeitswelt und über eine Arbeitsgruppe innerhalb der Sozialvorsteher-Konferenz Amt Luzern, die einen Vorschlag ausarbeitet, wie andere Gemeinden beim Sozialinspektor der Gemeinde Emmen Leistungen einkaufen können, ist dieser Auftrag absolut nicht erfüllt. Es sind vielleicht alle Puzzleteile vorhanden und erst mit der Auflistung und Erarbeitung eines Gesamtpaketes wird ersichtlich, wo vielleicht noch einige fehlen oder die evtl. sogar falsch eingesetzt werden. Speziell bittet Johanna Dalla Bona, beim Erarbeiten dieses Massnahmenplanes ein grosses Augenmerk auf das Projekt Passage der Stadt Winterthur zu haben und zu prüfen, ob ein solches in Kriens nicht auch umsetzbar wäre. Das Projekt Passage hat nämlich bewirkt, dass im 2005 ein Viertel der Personen dem geforderten Arbeitseinsatz ferngeblieben sind und somit freiwillig auf Sozialhilfe verzichtet haben und das lässt doch aufhorchen. War es also doch möglich, selbständig eine Lösung zu finden oder ist womöglich versteckt eine Erwerbstätigkeit ausgeübt worden? Was die Form ihres Vorstosses betrifft, hat Johanna Dalla Bona diesen freiwillig formell prüfen lassen. Sie hat gelernt, dass das Befinden über einen Massnahmenplan nicht im Kompetenzbereich des Einwoh-

nerrates liegt. Die Gemeindeverwaltung solle im Rahmen der Budgetdebatte Einfluss nehmen. Gefordert wird ein Bericht, der Antrag ist zu streichen.

Gemäss Susanne Lanz wurde die Motion Dalla Bona in der SGK ausführlich diskutiert. Der Missbrauch ist zahlenmässig in den letzten Monaten zurückgegangen und bereits heute bestehen viele gute Integrationsprojekte. Die Gemeinde Kriens bemüht sich um Reintegration und Missbrauchsbekämpfung. Die SGK wünscht sich aber unter anderem zusätzliche Praktikumsplätze auf der Gemeinde. Grossmehrheitlich wird es begrüsst, wenn die Krienser Betriebe vermehrt integrative Arbeitsplätze anbieten müssen. Wenn solche Betriebe bei einer Arbeitsvergabe begünstigt werden, ist das ein Schritt hin zu vermehrter sozialer Verantwortung. Die SGK überweist die vorliegende Motion mit der erwähnten Änderung einstimmig und erwartet, dass auch innovative Visionen in den Bericht fliessen werden. Gegen eine Abschreibung sind sie ebenfalls einstimmig, da die geforderten Massnahmen noch nicht umgesetzt sind.

Peter Prinz hält einleitend fest, dass Arbeit finden, arbeiten können, um damit den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, in der Gesellschaft immer noch einen Wert darstellt. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind eigentlich gut, die Arbeitslosenzahl in Kriens ist in den letzten zwei Jahren von 800 auf 500 gesunken. Allerdings gibt es innerhalb der Sozialhilfe eine Gruppe von Personen, welcher der Zugang zu den offenen Stellen erschwert ist, weil sie die gestellten Anforderungen nicht zu erfüllen vermögen. Das Defizit kann im Bereich der Sprache oder der Ausbildung liegen. Manchmal ist es aber auch eine körperliche oder psychische Einschränkung oder ein Suchtproblem. Bei den Jungen fehle es an Berufserfahrung und bei den Älteren ist es der Jahrgang. Es gibt auch den Ausdruck "Mehrfachproblematik".

Für die ausgesteuerten Arbeitslosen hat der Gemeinderat ein Konzept zur Schaffung einer "Fachstelle Arbeit" genehmigt. Die Sozialabteilung ist jetzt daran, dieses umzusetzen. Mittels Begleitung und Betreuung soll diese schwierig zu vermittelnde Personengruppe, darunter sind neu auch die anerkannten Flüchtlinge, befähigt werden, den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Im Kontakt mit dem Gewerbe und der Industrie sollen Übereinkünfte erzielt und Lösungen für eine win-win-Situation ausgehandelt werden.

Im Bereich der Missbrauchsbekämpfung werden Personen überwacht, wenn der Verdacht auf Missbrauch besteht. Bisher wurde bei zwei Personen die Sozialhilfe eingestellt und Strafanzeige eingereicht.

Der Gemeinderat ist bereit die Motion zu übernehmen und im Herbst umzusetzen. Ob der Einwohnerrat zu diesem Konzept einen Bericht möchte, muss er selbst entscheiden.

Nicole Nyfeler stellt fest, dass Peter Prinz dem Einwohnerrat soeben diesen Bericht angeboten hat. In der Motion geht es aber um vier Punkte. Sie wäre nicht zufrieden, wenn dem Einwohnerrat einfach dieser Bericht vorgelegt wird. Für die SP/Grüne-Fraktion gehört zum Punkt 1 "Reintegration von ausgesteuerten Personen" das Projekt Reap, evtl. eine Fachstelle Gemeinde intern, Arbeitsintegrationsprojekte wie SAH, CARITAS oder The Bütz, offene Arbeitsvergabekriterien. Beim Punkt 2 "Sozialhilfe mit Gegenleistung" ist das Projekt Passage von Winterthur eine Möglichkeit. Es ist jedoch nicht für alle Personen geeignet, es müsste situativ entschieden werden. Allgemein werden Praktikumsplätze / Einsatzplätze in der Gemeinde (Heime, Verwaltung, Werkhof, Sonnenbergbahn) gewünscht. In anderen Gemeinden hat man gute Erfahrungen damit gemacht. Zum Punkt 3 "Einsatz von Detektiven bei Verdacht auf Betrug" gehört der Einsatz von privaten Detektiven. Das Mieten des Sozialhilfein-

spektors der Gemeinde Emmen hätte Vor- und Nachteile. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Abklärung bei der Motorfahrzeugkontrolle und es ist wichtig, dass sich das Sozialamt genügend Zeit bei den Beratungsgesprächen nimmt. Beim Punkt 4 "Arbeit muss sich lohnen" ist die SP/Grüne-Fraktion der Meinung, dass sich die Arbeit vor allem bei "Ausstieg" aus der Sozialhilfe lohnen muss. Möglichkeiten dies zu steuern hat die Gemeinde durch die Steuerpolitik und die Prämienverbilligung.

Die SP/Grüne-Fraktion erwartet von dem Bericht, dass informiert wird, was bis jetzt gemacht wurde, was geplant ist und welche Visionen vorhanden sind. Aus diesen Gründen ist die Fraktion für die Überweisung, eine Abschreibung lehnt sie jedoch ab, da sie Antworten zu den erwähnten Fragen möchten.

Nach Bernadette Hauser wäre es den meisten Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, mit Bestimmtheit lieber, wenn sie aus eigener Kraft und mit eigener Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Es führen vielfältige Gründe, wie Krankheit, mangelnde Ausbildung, Scheidung, längerdauernde Arbeitslosigkeit, usw. dazu, dass jemand Sozialhilfe geltend machen muss. Die Arbeitswelt erfordert immer mehr Leistung und viele Arbeitgeber sind nicht mehr bereit, Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und zu erhalten, die auch von Menschen besetzt werden können, die nicht eine volle Leistung erbringen können. Das Leben wird über Arbeit und Leistung definiert und bewertet. Die Wertschätzung eines Menschen wird häufig an seiner Arbeitsleistung gemessen. Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt im Grundsatz den Auftrag der Motion, dass dem Einwohnerrat ein Bericht und Antrag vorgelegt wird, in dem Massnahmen vorgeschlagen werden, die der Reintegration von ausgesteuerten Menschen dienen und Anreize geschaffen werden, dass Arbeit attraktiver ist als Sozialhilfe. Der Missbrauch von Sozialhilfe muss sanktioniert und aufgedeckt werden. Der Einsatz von Detektiven kann in Einzelfällen die richtige Massnahme sein. Wenn den Mitarbeitenden jedoch genügend personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, können Missbräuche viel weniger entstehen und bereits in den Anfängen erkannt und verhindert werden. Die CVP/JCVP begrüsst, dass der Gemeinderat aufzeigen will, was er zu den gestellten Fragen plant. In diesem Sinne ist die CVP/JCVP-Fraktion für die Überweisung der Motion, ist aber zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Abschreibung.

Franz Baumann hat festgestellt, dass Peter Prinz vor allem den Prozess der Weiterbehandlung angesprochen hat. Die SP würde nach Art. 65 "Übergangsbestimmungen" der neuen Geschäftsordnung des Einwohnerrates vorgehen. Der Vorstoss wäre wahrscheinlich ein Postulat, keine Motion und er sollte wie alle anderen Vorstösse, welche nach dem alten Recht eingereicht wurden, behandelt werden.

Räto Camenisch erinnert sich, dass es noch keine 2 Jahre her ist, dass in Kriens ein Sozialinspektor abgelehnt wurde. Nun ist man sich aber plötzlich von links bis rechts einig, dass dies weiterverfolgt wird. Er ist froh, dass ein Umdenken stattfindet und führt anhand eines Beispiels mit Ferienhäusern aus, dass es sinnvoll wäre. Die SVP ist gegen eine Abschreibung der Motion.

Nicole Nyfeler ist nicht durch und durch für das Einschalten eines Sozialinspektors. Das Sozialamt soll zuerst selbst abklären, ob Häuser, Autos, usw. vorhanden sind. Die Sozialarbeiter sollen sich Zeit nehmen, um in persönlichen Gesprächen herauszufinden, was Sache ist. Wenn man so nicht weiter kommt, kann man den Verdacht immer noch abklären lassen.

Johanna Dalla Bona hat das Gefühl, dass der Gemeinderat sie gar nicht richtig verstanden hat. Zum Votum von Nicole Nyfeler meint sie, dass es klar ist, dass jede Situation einzeln beurteilt werden muss, dafür gibt es auch die verschiedenen Projekte. Zur Aussage von Rätö Camenisch, dass vor 2 Jahren ein Sozialinspektor abgelehnt wurde, ist Johanna Dalla Bona der Meinung, dass sie nun seit 3 Jahren im Einwohnerrat ist, und in dieser Zeit keine Diskussion über einen Sozialinspektor stattgefunden hat.

Peter Prinz erklärt, dass es nicht so ist, dass der Gemeinderat keinen Bericht machen will. Man ist nur der Meinung, dass es sich nicht lohnt, einen Bericht auszuarbeiten, der dann im Rat abgelehnt wird. Man sollte ihn dann auch zur Kenntnis nehmen. Als der Sozialinspektor im Rat das letzte mal ein Thema war, gab es finanzielle Probleme. Dass er vorgeschlagen hat, dass man die Motion abschreiben soll, nimmt Peter Prinz zurück. Der Gemeinderat wird den geforderten Bericht erstellen.

Abstimmung:

Die Motion wird einstimmig überwiesen.

14. Verabschiedungen

- Mitglieder der Schulpflege
- Mitglieder des Einwohnerrates
- Mitglieder des Gemeinderates

Zur letzten Einwohnerratssitzung vor der neuen Legislatur und gleichzeitig als letztes Traktandum auf dem heutigen Pendenzenberg begrüsst Joe Brunner recht herzlich die ganze Schulpflege mit dem Präsidenten Bruno Soltermann. Die Schulpflege wird es in der heutigen Form ab September nicht mehr geben. Eine Jahre lange Zusammenarbeit mit der Schulpflege und dem Einwohnerrat neigt sich dem Ende zu. Der Vorsitzende übergibt das Wort an Bruno Soltermann, welcher ein paar Worte an den Einwohnerrat richtet.

Im Namen der Gesamtschulpflege dankt Bruno Soltermann dem Einwohnerrat für die Einladung zur Verabschiedung der Schulpflege bestens. Es ist das erste Mal, in all den acht Jahren seiner Amtszeit, dass die Schulpflege überhaupt an eine Sitzung des Einwohnerrates eingeladen wird. Es ist natürlich ein besonderer Anlass, wird doch eine Behörde zu Grabe getragen, welche seit 178 Jahren besteht, also um einiges älter ist als der Einwohnerrat.

Der Sprechende schweift kurz etwas in die Vergangenheit ab. Die Schule Kriens wurde im Jahre 1800 gegründet, 30 Jahre später wurde ihr eine Schulkommission vorgesetzt, welche dann 1880 in die Schulpflege umgewandelt wurde. Damals bereits mit Status einer Behörde, also ein auf gesetzlicher Grundlage beruhendes öffentlich-rechtliches Organ mit Ausübung kommunaler Funktionen. Ja es gab sogar zwei Schulpflegen, nämlich eine für die Primarschule und eine für die Sekundarschule. Gelegentlich fanden gemeinsame Sitzungen statt, wie z.B. am 13. Dezember 1896, als es um die Besprechung der Vorlage einer Schulverordnung ging.

Interessant ist, dass die Schulbehörde schon viele Jahre vor Einführung des Frauenstimmrechtes eine Frau aufnehmen konnte. 1947 wurde eine Sozialdemokratin in die Schulpflege gewählt, 1951 folgte dann eine Frau der Liberalen und erst 1959 kamen auch bei der CVP die Frauen zum Zuge. Der Frauenanteil hat sich dann kontinuierlich erhöht und in der Legislaturperiode 2000 - 2004 war Bruno Soltermann der einzige Mann in der Schulpflege ausser dem Schulverwalter, der von Amtes wegen in der Schulpflege sass. Die Feminisierung hat also nicht nur in der Schulstube Einzug gehalten, insbesondere in der Primarschule, nein sie fand auch in der Schulpflege statt, wobei es Bruno Soltermann immer wohl war. Die Schulpflege bestand bis vor 8 Jahren aus 20 Mitgliedern der verschiedenen Parteien. Die Geschäfte wurden von einem Ausschuss aus fünf Personen vorbereitet. Die Wahl der Schulpflegemitglieder fand durch das Volk statt. Die damalige Anzahl wie auch das Wahlverfahren waren wohl mit ein Grund, dass die Schulpflege im Volk gut verankert war. Ab dem Jahr 2000 wurde die Schulpflege auf 7 Personen verkleinert und auf strategische Aufgaben ausgerichtet. Strategie in der Schule: Schulleitbild, Angebot der Schule neu Leistungsauftrag, Mehrjahresplanung, Qualitätsmanagement, Schulorganisation. Neu fand die Wahl durch den Einwohnerrat statt. Der Sprechende kann sich noch gut erinnern, wie vor dieser Wahl ein Hearing stattfand, in welchem sich alle Kandidatinnen und Kandidaten in der Aula des Schulhauses Obernau dem Einwohnerrat vorstellen durften. Fragen wurden kaum gestellt. Vielleicht lag es daran, dass der Einwohnerrat kaum Ahnung hatte, worum es denn bei der Schulpflege ging und bekanntlich ist es ja so, bevor man Fragen stellen kann, muss man wissen, worum es geht. Vielleicht war es aber auch deswegen, da gar keine Kampfwahlen bevorstanden, denn die im Einwohnerrat vertretenen Parteien waren gemäss Konvenium mit einem Mitglied vertreten, es gab nicht mehr Kandidaten als Sitze zu verteilen und das Präsidium blieb bei den Liberalen, wie das immer schon so war. So einfach war das. Bei der Schulpflege selber war es also vorbei, mit den zum Teil professionellen, zum Teil unprofessionellen Schulbesuchen durch die Mitglieder der Schulpflege und der damit zusammen hängenden Beurteilung der Unterrichtsqualität. Diese wird heutzutage durch die Lehrpersonen selber gemacht, wobei auch hier nicht immer alles sehr professionell durchgeführt wird, dies ist aber erkannt und wird verbessert. Mit der Neuorganisation der Schulleitung vor vier Jahren mit nur noch einem Rektor und neu einer Schulleitungskonferenz wurde der erste Schritt für die Abschaffung der Schulpflege vorgenommen. Die Mitglieder der Schulpflege unterstützen die endgültige Abschaffung der eigenen Behörde, denn in der vorangegangenen Legislatur hat der Einwohnerrat noch die VBK ins Leben gerufen. Seither gibt es nun in Kriens eine Schulpflege, eine Schulverwaltung, einen Gemeinderat, eine VBK und einen Einwohnerrat, zu viel des Guten. Der Umstand, dass die Schulpflege alle pädagogischen und nicht finanzrelevanten Themen an die SLK abgegeben hat und somit nur noch die finanzrelevanten Angelegenheiten übrigblieben, diese aber ohnehin via Gemeinderat und VBK in den Einwohnerrat getragen werden mussten, hat es der Schulpflege nicht schwer gemacht, für die Abschaffung einzustehen. Dieses Einstehen für die Abschaffung der Schulpflege ist verbunden mit einem Vertrauen in den Einwohnerrat und insbesondere in die Mitglieder der neuen Bildungskommission, dass sie die schulischen Belange noch ernster nehmen als bisher und sich für eine weiterhin gute Volksschule Kriens einsetzen, der man die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Die Mitglieder der Schulpflege hoffen, dass der Einwohnerrat diesem Vertrauen gerecht wird, dass er für die Schulkinder einsteht, welche die Einwohnerratsmitglieder ja nicht wählen können und dass die richtigen Entscheide gefällt werden. In diesem Sinne wünscht Bruno Soltermann im Namen der Mitglieder der Schulpflege allen, dass sie das feine Gespür für die Schule Kriens entwickeln.

Joe Brunner bedankt sich für die Worte und stellt fest, dass man wieder etwas gelernt hat.

Wer viel Engagement für die Gemeinde Kriens aufgebracht hat, verdient es auch, würdig verabschiedet zu werden. Dazu übergibt Joe Brunner das Wort an Helene Meyer-Jenni, welche im

Namen des Einwohnerrates und des Gemeinderates die Verabschiedung der Schulpflege vornimmt.

Nach dem Rückblick und der Einschätzung der langjährigen, intensiven Arbeit der Schulpflege Kriens nimmt Helene Meyer-Jenni nun die Verabschiedung und Würdigung der Schulpflege-Mitglieder vor. Die sogenannte letzte Crew hat unter der Leitung ihres Präsidenten Bruno Soltermann für intensive, spannende aber auch sehr konstruktive Arbeit aus Sicht des Gemeinderates geleistet. Als sogenannt jüngstes Mitglied, nicht an Alters, sondern an Schulpflegejahren, hat Bernadette Jauch Herzog während drei Jahren Schulpflege-Arbeit geleistet. Als Vertreterin der SP hat Bernadette Jauch Herzog zu einem Zeitpunkt Einsitz genommen, als sich eine künftige Auflösung der Schulpflege bereits abzeichnete. Ein nicht ganz einfacher Moment, sich unter dieser Prämisse mit Engagement und Herzblut einzuarbeiten, einzulesen und die wichtigen Fragestellungen herauszuschälen. Bernadette Jauch Herzog hat sich mit ihrer sehr sorgfältigen, gewissenhaften Art und Weise eingebracht und sich insbesondere auch für das Projekt Sommerfest und Verabschiedung der Lehrpersonen engagiert.

Als SVP-Vertreter und Jus-Student hat Michael Günter immer kritisch hinterfragt, angeregt und teilweise auch hartnäckig seine Positionen vertreten. Als Organisator für die Verleihung des Anerkennungspreises für gute Jugendarbeit hat sich Michael Günter sehr engagiert, hat seine Anträge sorgfältig vorbereitet und seine Begründungen jeweils detailliert vorgebracht. Seine interessanten Betrachtungen hat er auch in der Arbeitsgruppe zur Einführung einer Tagesschule eingebracht und dabei seine Bedenken, Überlegungen, Anregungen und konstruktive Beiträge in die Arbeitsgruppe eingegeben. Helene Meyer-Jenni dankt Michael Günter für seine spannenden, kritischen, engagierten Überlegungen und hofft, dass er seine politische Motivation künftig in einem anderen Gremium ausleben kann.

Martin Käppeli hat als Vertreter der JCVP während der letzten 4 Jahre als Schulpflege-Vertreter in der Musikschulkommission Einsitz genommen. Martin Käppeli hat immer ganz stark die Sichtweise des Eltern-Vertreters, seiner Sicht als Vater von schulpflichtigen Kindern Ausdruck verliehen. Ganz praktisch und alltagsbezogen sind seine Überlegungen und Forderungen an die Schule Kriens. Dazu waren auch seine Erfahrungen in der Privatwirtschaft spannend, sei es im Aufbau des Qualitätsmanagements, in der Musikschulkommission oder an der Erarbeitung des Leistungsauftrages der Schulpflege.

Ebenfalls 4 Jahre hat Monika Marbacher-Knüsel in der Schulpflege gearbeitet. Als Vertreterin der CVP und Vize-Präsidentin der Schulpflege hat Monika Marbacher den Präsidenten oft auch in Repräsentationsfunktionen vertreten und sich entsprechend engagiert. Monika Marbacher hat eine sehr eigenständige Beurteilung der Fragestellungen rund um die Thematik Bildung, Familie und Gesellschaft in die Schulpflege eingebracht. Dabei hat sie auf ihren Erfahrungen als Mutter von nun erwachsenen Söhnen aber auch aus ihrer Arbeit als Sozialarbeiterin viel aufbauen und ableiten können. Monika Marbacher hat sich während den letzten beiden Jahren speziell intensiv für die Einführung der Tagesschule als Leiterin der Arbeitsgruppe eingebracht und Kraft und Geduld an der Auseinandersetzung mit dem Aufbau der Tagesstrukturen an der Krienser Schule gezeigt. Monika Marbacher wird ihr Wissen, insbesondere jenes der Bildungspolitik, ab 1. September im Einwohnerrat einbringen und weiter entfalten können. Dazu wünscht ihr Helene Meyer-Jenni heute schon viel Glück, Erfolg und Befriedigung.

Eine Frau hat alle Formen der Schulpflege Kriens erlebt und bestimmt auch mitgeprägt. Genau 10 Jahre hat Barbara Zumstein als Vertreterin der Grünen in der Schulpflege Kriens Einsitz genommen. Sie war zu Beginn in der sogenannt grossen Schulpflege, besuchte in der damaligen Form 20 Lehrpersonen und qualifizierte diese, war zudem auch ein Ausschuss-Mitglied

und dementsprechend bereits vor 10 Jahren nahe am Puls der Krienser Schule. In die damalige Zeit fällt auch ihr grosses Engagement für die Dopuscuola-Frauen bzw. die Aufgabenhilfe-Institution. Dank einem unerbittlichen, sehr konstruktiven Engagement von Barbara Zumstein wurde es möglich, dass das Dopuscuola-Engagement mindestens eine vertretbare Entschädigung erhält. Von 2000 – 2004 betreute Barbara Zumstein in der neuen Schulpflege-Organisation, die sich aufgrund des Volksschulbildungsgesetzes in kleinerer Form bzw. in reduzierter Mitglieder-Zusammensetzung mit Ressort-Verantwortung, das Ressort Sekundarschule. In dieser Funktion begleitete sie Noldi Huber. Sie arbeitete entscheidend an der Umfrage über das Wohlbefinden der Lehrpersonen mit und entwickelte daraus die Massnahmenplanung für die nun letzte Legislatur. Barbara Zumstein war zudem Leiterin der ersten Arbeitsgruppe Tagesschule, die im Planungsbericht 2006 die Grundlage für das heutige Modell darstellte. Barbara Zumstein war es auch, die sich massgeblich für die Einführung der Schulsozialarbeit beteiligte und sehr konstruktiv und zielorientiert die einzelnen Schritte begleitete, forcierte und pragmatisch weiterentwickelte. Obwohl sich Barbara Zumstein vorgenommen hatte, etwas loszulassen, hat sie während des letzten Schulpflege-Jahres nochmals einen enormen Einsatz geleistet indem sie die Schulpflege im Projekt Schulevaluation des Kantons vertreten hat. Als Kennerin der Krienser Schule der letzten 10 Jahre hat sich Barbara Zumstein auch hier wieder mit grossem Engagement, Pragmatismus und Fachwissen eingebracht. Barbara Zumstein ist es auch, die schlussendlich die Federführung für die Enderstellung des Leistungsauftrages und die Vorbereitung der Massnahmenplanung verantwortlich zeichnet. Barbara Zumstein ist eine sehr präzise, kritische, sorgfältige, fundierte Bildungspolitikerin. Als ehemalige Grossrätin und Germanistin ist sie eine sehr politische, sprachlich sorgfältige und zielorientierte Schulpflegerin gewesen.

Diese heterogene, spannende, engagierte Gruppe wurde während der letzten 8 Jahren von Bruno Soltermann geleitet und präsiert. Als Vertreter der FDP hat sich Bruno Soltermann von Anfang an stark für ein qualitativ gutes, zahlbares, effizientes Schulsystem engagiert und den Eltern eine grosse Bedeutung zugemessen. Am Anfang war Bruno Soltermann ein grosser Verfechter des sogenannten Ressort-Systems. Die Erfahrungen der ersten Jahre haben ihn aber sehr schnell überzeugt, dass der Gesamtblick für die Schulpflege-Mitglieder von grosser Bedeutung ist und das Ressort-System diesem oftmals im Wege stehen kann. Für Bruno Soltermann war es nicht immer einfach, als es um die Einführung der neuen Schulorganisation gegangen ist. Diskussionen mit der Lehrerschaft, Diskussionen mit der Öffentlichkeit, mit der Kirchenvertretung beispielsweise, diese hat Bruno Soltermann nie gemieden. Es zeichnet Bruno Soltermann aus, dass er gerne argumentiert, begründet, zusammenträgt und kämpft. Es war seine Absicht, die Schulpflege auf ihren sogenannten strategischen Auftrag hinzuführen und nicht zuletzt war es Bruno Soltermann, der massgeblich dahin gearbeitet hat, dass die Schulpflege in ihrer heutigen Form nun abgelöst wird und die kommunale Bildung an Gemeinde- und Einwohnerrat heranrückt. Das Zusammenführen der pädagogischen, inhaltlichen aber auch finanziellen Verantwortbarkeit war und ist ein Grundanliegen von Bruno Soltermann. Bruno Soltermann hat sich mit viel Herzblut und mit grossem Engagement für die Schule Kriens eingebracht. Unzählige Mails, Telefonate hat er nicht zuletzt am Wochenende geführt, weil er während der Woche oftmals als Chefarzt der Krankenversicherer in der ganzen Schweiz unterwegs war. Es war sogar oft so, dass sich Helene Meyer-Jenni daran gewöhnt hat, dass sie am Montag Morgen zahlreiche Mail-Nachrichten von Bruno Soltermann im Büro begrüsst. Bruno Soltermann ist ein diskutierfreudiger, spannender Präsident gewesen. Er hat allen Mitgliedern Raum gelassen, Redezeiten zugestanden und damit auch zu gutem Klima einerseits aber auch zu Marathon-Sitzungen beigetragen. Bruno Soltermann hat sich auch im Verband der Luzerner Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten massgeblich eingebracht, hat den regionalen Kontakt gepflegt und konstruktiv Lösungen vorangetrieben. Sein Lieblingsthema wird er nun leider nicht realisieren können. Bruno Soltermann hätte nur allzu gerne den Ferienplan der Luzerner Schulen so verändert, dass künftig während drei Wochen Herbstferien sein würden. Helene Meyer-Jenni

bedauert, dass Bruno Soltermann in diesem Punkt keinen Erfolg verbuchen konnte, ist aber überzeugt, dass er das nicht einfache "Schulpflege-Schiff" während den vergangenen acht Jahren mit Engagement, Herzblut und immer wieder auch einem Augenzwinkern sehr gut gesteuert hat.

Der Vorsitzende und der ganze Rat schliessen sich den Worten der Gemeindepräsidentin an und fügt hinzu, dass in der Schulpflege alle politischen Parteien mitarbeiteten. Joe Brunner dankt den Mitgliedern der Schulpflege für ihre intensive und vielen Veränderungen unterworfenen Arbeit und wünscht zur Früh-Pension etwas mehr Zeit!

Ebenfalls haben heute einige Einwohnerräte ihren letzten Auftritt. Steht's politisch hochmotiviert mit vielen Stunden für die schöne Gemeinde Kriens im Fronteinsatz darf Joe Brunner heute 8 Einwohnerräte bzw. Einwohnerrätinnen verabschieden. Sie werden eine Stufe zurücktreten und das Schaffen im Rat sicherlich weiterverfolgen. Diejenigen, welche im Herbst wieder im neuen Einwohnerrat Einsitz nehmen, werden den eingeschlagenen Weg aber weiter verfolgen. Die abtretenden Personen hatten sich damals mit dem Schwur oder dem geleisteten Gelöbnis verpflichtet, steht's zum Wohle der Krienser Bevölkerung zu handeln. Nun dankt der Vorsitzende ihnen im Namen genau dieser Bevölkerung.

Als erster wird Franz Baumann / SP nach vorne gebeten. Am 1. Juli 1987 wurde er in den Einwohnerrat gewählt. 21 Jahre und ein paar Monate hat er in diesem Rat Spuren hinterlassen, welche bis heute kein Einwohnerrat erreicht hat. Politisch kaum zu werten, denn die lange Liste von Franz Baumann's Arbeiten im Rat ist gewaltig. Er wirkte von 1987 – 1996 in der Redaktionskommission, in der Baukommission von 1988 und Präsident jener ab 1996 bis heute und in der FGK seit 2007. Um die Sitzung noch heute zu beenden, zählt Joe Brunner nicht alle Mandate auf, welche Franz Baumann in seiner Zeit als Einwohnerrat hatte. Es geht jemand, der ein tiefes Wissen über die Geschichte und Veränderungen von Kriens hat. Joe Brunner bedankt sich bei Franz Baumann für seine enorme Arbeit im Namen der ganzen Krienser Bevölkerung.

Franz Baumann bedankt sich. Das Gefühl, dass seine Arbeit so geschätzt wird, überwältigt ihn fast. Als er in den Einwohnerrat kam war er ein "ungestümer Siech". Über all die Jahre hinweg ist er aber zu einem pragmatischen Politiker geworden. Er wird die Gemeinde und den Gemeinderat sehr genau im Auge behalten.

Als nächstes bittet Joe Brunner Hansruedi Kunz / CVP, ebenfalls ein langjähriges Mitglied des Einwohnerrates, nach vorne. Hansruedi Kunz ist seit dem 1. Juli 1993 im Rat tätig. Auch er hat in den vielen Jahren unzählige politische Geschichten geschrieben. Von 1993 – 1996 hat er als Präsident in der Redaktionskommission mitgewirkt, als Präsident der BRK von 1996 – 2006, in der BK von 2006 bis heute, im Jahr 2003 in der GPK, von 2007 bis heute in der FGK. In den Jahren 2004 - 2005 übernahm Hansruedi Kunz das Amt des Einwohnerratspräsidenten. Auch hier würde es den Rahmen sprengen, alle Mandate aufzuzählen. Joe Brunner erinnert Hansruedi Kunz, dass es durchaus legitim ist, nach ein paar Jahren wieder einzusteiigen und bedankt sich für sein Engagement.

Hansruedi Kunz wollte eigentlich zuerst nichts sagen. Er verlässt den Rat mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Er hatte im Einwohnerrat doch ein paar Kämpfe zu kämpfen gehabt woraus er oft als Sieger heraus ging, ebenso aber manchmal auch als Verlierer.

Joe Brunner bittet Matthias Senn / FDP, den dritten aus dem letzten Jahrhundert, nicht politisch gewertet sondern als Gewählter, nach vorne. Auch er hat den Rat seit Jahren geprägt. Am 1. September 1996 gab Matthias Senn sein Debüt im Rat. Von 1996 – 2000 wirkte er in der SGK, von 2000 – 2004 in der BK und 2004 als Präsident der VBK. In den Jahren 2006 und 2007 war er als Einwohnerratspräsident der Vorgänger von Joe Brunner. Nun wechselt er die Seiten und wird Gemeinderat. Seine harte aber korrekte Haltung werden nun andere im Einwohnerrat übernehmen. Joe Brunner bedankt sich auch bei Matthias Senn recht herzlich für seine Arbeit.

Matthias Senn hat nicht ein lachendes und ein weinendes Auge, sondern ein lachendes und ein freudiges Auge, denn er wird auf die Seite des Gemeinderates wechseln. Er bedankt sich bei allen.

Im neuen Jahrhundert angekommen wird nun der abtretende Stefan Meyer / CVP von Joe Brunner nach vorne gebeten. Stefan Meyer wurde am 1. September 2000 in diesem Saal vereidigt. Er war von 2000 – 2003 in der SGK tätig, 2003 in der GPK, in der FGK wirkte er von 2003 – 2008 mit, als Präsident seit 2004. In der FK arbeitete er von 2004 – 2006 mit und in der VBK von 2003 – 2004. Auch Stefan Meyer ist einer, der sich im breiten Spektrum der Politik stark engagiert hat. Joe Brunner dankt ihm für sein Mitwirken und auch für die prägenden Analysen der Finanzen.

Stefan Meyer bedankt sich für die anerkennenden Worte und wünscht dem Einwohnerrat gutes Gelingen auf dem weiteren Weg.

Ein weiterer Rücktritt hat der Einwohnerrat gemäss Joe Brunner mit Rolf Bättig / FDP zu verzeichnen. Er nahm sein Amt als Einwohnerrat am 1. Januar 2002 auf. In den Jahren 2002 – 2004 wirkte Rolf Bättig in der BK und von 2004 – 2006 in der FGK. Seine politische Nachhaltigkeit untermauerte er meist mit einer treffenden Pointe oder mit einer Frage an die Ratslinke. Joe Brunner dankt auch Rolf Bättig, für das Engagement im Einwohnerrat.

Rolf Bättig möchte sich drei Mal bedanken und ein Mal entschuldigen. Er dankt denjenigen, die ihn unterstützt haben, denjenigen, die ihn nicht unterstützt haben, ihn aber verstanden haben und seiner Familie. Entschuldigen möchte er sich bei denjenigen, die er in irgend einer Weise politisch verletzt hat, damit man in Frieden auseinander gehen kann.

Als nächste bittet Joe Brunner Pia Zeder nach vorne. Pia Zeder ist seit dem 1. September 2004 im Einwohnerrat und in der FGK und VBK ist sie ebenfalls seit dem Jahr 2004 tätig. Ihr juristisches Gewissen hat so manches ihrer Voten geprägt und wenn sie einmal wirklich in Rage war, wussten alle, dass irgendetwas wirklich nicht stimmt. Joe Brunner bedankt sich bei Pia Zeder, dass sie diese Aufgabe übernommen hat und wünscht ihr weiterhin viel Spass beim Politisieren.

Pia Zeder hat die 4 Jahre im Einwohnerrat kurz und lustvoll erlebt. Es sind berufliche Gründe, weshalb sie zurücktritt. Sie wünscht weiterhin gutes politisches Gelingen.

Ebenfalls am 1. September 2004 trat gemäss Joe Brunner Leo Bolzern in den Rat. Seit dem Jahr 2004 wirkte er in der USK mit. Leo Bolzern war eher ein stiller Einwohnerrat. Joe Brunner bedankt sich für die Zeit, welche Leo Bolzern für den Rat aufgebracht hat.

Leo Bolzern hat sich aus zwei Gründen nicht mehr zu Wahl aufstellen lassen. Er möchte sich beruflich ein wenig verändern, kürzer treten und er möchte mehr Zeit mit der Familie verbringen. Für die Zukunft wünscht er den Ratsmitgliedern alles Gute und konstruktive Gespräche.

Joe Brunner bittet Gilles Morf, der letzte, der den Rat heute verlässt nach vorne. Seine Voten trafen die Fusionisten und Heimatfanatiker seit dem 1. Juni 2007. Die mahnenden Worte von Gilles Morf werden noch so manchem im Ohr bleiben. Joe Brunner bedankt sich herzlichst bei Gilles Morf für seine Arbeit.

Gilles Morf hat noch zwei Sachen die er loswerden möchte. Er hat es sehr genossen im Rat zu politisieren und der Einwohnerrat bzw. die Gemeinde Kriens solle eigenständig bleiben.

Joe Brunner fasst zusammen, dass mit 8 Einwohnerräten bzw. Einwohnerrätinnen sehr viel politisches Wissen im Rat verloren geht. Diese Lücke muss im Herbst unbedingt wieder geschlossen werden. Aber der Vorsitzende ist optimistisch, dass dies gelingen wird.

Auch im Gemeinderat wird es Veränderungen geben. Zwei Mitglieder verlassen diesen und gehen in Pension. Mit Peter Prinz und Bruno Peter gehen zwei, welche die "alte classe politique" noch miterleben durften.

Bei der Verabschiedung beginnt Joe Brunner mit dem dienstälteren und bittet Peter Prinz / CVP nach vorne. Er hat das Amt als Gemeinderat am 1. Juni 1993 angetreten und war als Sozialvorsteher für das Wohl von Jung und Alt besorgt. Mit seinem Gewissen hat er immer versucht, Lösungen auch in ausweglosen Situationen zu suchen. Wenn einer working poor oder Sozialhilfe kennt, dann er. Wie viel Leid konnte dank der Gemeinde gelindert oder verhindert werden. Peter Prinz kennt die Nöten der Krienser Bevölkerung und musste sich immer wieder für die Schwachen unserer Gesellschaft wehren. Der Weg über den Einwohnerrat war nicht immer in Rosen gebettet. Trotzdem hat er nie aufgegeben und resigniert. Dafür bedankt sich Joe Brunner im Namen der Krienser Bevölkerung herzlich. Als Geschenk für die Arbeit von Peter Prinz hat der Vorsitzende eine Reise ins Wildkirchli im Appenzellischen zusammengestellt. Dies ist eine Kirche die eingeklemmt unter einem Felsen die Stossgebete der Gläubigen aufnimmt. Peter Prinz als CVP – Mann kann dann alle alten Sorgen und Lasten in dieser Kirche deponieren und ein letztes erlösendes Gebet für unsere Gemeinde erbitten, um nachher in aller Ruhe seine Pension zu geniessen.

Peter Prinz ist ganz übermannt. Als er am 9. Mai 1993 in den Gemeinderat, der Gemeinde in der er aufgewachsen ist, gewählt wurde, übernahm er das grosse Sozialamt mit den vielen Facetten und Baustellen. Dieses gibt er nun an seinen Nachfolger weiter. Er wünscht Glück und alles Gute für die Zukunft sowie viel Gespür und Geschick bei Entscheidungen.

Der zweite Gemeinderat der in Pension geht ist Bruno Peter. Joe Brunner bittet auch ihn nach vorne. Bruno Peter hat das Amt als Gemeindeammann am 1. Juni 1995 angetreten. Ob unter

oder über dem Terrain, er kennt unsere Gemeinde wie kein anderer. Jeder, welcher in den letzten Jahren irgend etwas baute oder umbaute, hatte indirekt mit Bruno Peter zu tun. Auch der Wandel zu mehr Natur und Ökologie im Bauamt konnte man feststellen. Sogar die Radrouten wurden in dieser Zeit ein Thema und wurden zum grossen Teil umgesetzt. Eine sicherlich nicht immer einfache Zeit, um stets jedem gerecht zu werden neigt sich heute dem Ende zu. Bruno Peter war sicherlich mit Abstand jener Gemeinderat, welcher seine Geschäfte im Einwohnerrat am meisten durchboxen musste. Der Einwohnerrat dankt Bruno Peter für die Zusammenarbeit und wünscht ihm auf der Sonnenseite des Lebens weiterhin viel Lebensfreude. Als Geschenk für seine Arbeit hat Joe Brunner für Bruno Peter eine Reise nach Bauen zusammengestellt. Ein grosser Zeitabschnitt verbrachte er ja mit Bauen. Nun kann er in jene Ortschaft fahren und bei einem Glas Wein zurück denken, was in Kriens alles unter seiner Leitung gebaut und verbaut wurde. Joe Brunner dankt Bruno Peter im Namen des Einwohnerrates und der ganzen Gemeinde.

Bruno Peter ist auch etwas überwältigt. Bis vor kurzem hat er auf die Frage, ob er denn nervös sei, geantwortet, dass er das nicht zu brauchen hat, denn er habe ja seine Arbeit gemacht. Nun ist er trotzdem ein wenig nervös. Er wünscht dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat viel Kraft, damit sie das Zentrum weiterbringen können.

Joe Brunner kommt zum Schluss und zieht sein Fazit aus einem Jahr Einwohnerratspräsident. Freud und Leid wurde ihm beschieden, 56 Stunden und 35 Minuten Einwohnerratsitzung oder mehr als 7 volle Arbeitstage (Rekordpräsident), 1 Stichentscheid, 3 Mal war er nicht einig mit dem Rat (Abstimmungsverfahren oder Behandlung Geschäft), ca. 2000 Mal wurde er im Rat mit Herr Präsident angesprochen, sein schönster Eingriff war, dass der Kaffee neu bezahlt ist, 54 Mal ist der Begriff "Effizienz" gefallen (ohne die letzte Sitzung), 9 Bürositzungen von 50 Minuten bis eine an 5 Stunden, 7 BRK Sitzungen an ca. 3 Stunden und Einlesen, Besuche bei der USK und SGK, bei den anderen Kommissionen entschuldigt sich Joe Brunner, viele nicht hochgerechnete Auftritte als Einwohnerratspräsident, 104 Gesuche beim Arbeitgeber SBB für Dienstanpassungen, an 132 Abenden war er nicht bei der Familie daheim, 1 verpasster Termin im ganzen Jahr und der schönste Auftritt als Einwohnerratspräsident hatte er beim Turnerinnenverein Kriens, weshalb wohl?

Der Vorsitzende dankt dem ganzen Rat für das Vertrauen während seiner Amtszeit und hofft, dass er das was er vor einem Jahr versprochen hat, nämlich auch noch jene zu überzeugen, welche ihm die Stimme damals nicht gegeben haben, eingetreten ist. Es war eine schöne Zeit und dem neuen Präsidenten und allen noch folgenden wünscht er ebenfalls viel Kraft und Durchhaltewillen.

Helene Meyer-Jenni führt aus, dass nun die Zeit des Abschiednehmens gekommen ist, aber noch nicht im Gemeinderat. Die Gemeinderäte arbeiten die nächsten Wochen noch zusammen. Helene Meyer-Jenni bedankt sich im Namen des Gemeinderates bei den Einwohnerräten bzw. Einwohnerrätinnen. Zum Schluss dankt sie noch ganz besonders Joe Brunner. Er war ein Präsident, der immer Optimismus ausgestrahlt hat und "Zug drauf" hatte. Er war spürbar, im Rat und ausserhalb. Er hat das Präsidium gelebt. Nun kann er seine freien Abende wieder in aller Ruhe mit seiner Familie geniessen.

Schluss

Als letztes noch die Geburtstagsgrüsse, welche an Jennifer Maldonado gehen.

Joe Brunner schliesst die Sitzung offiziell um 18:00 Uhr und wünscht allen, die eingeladen sind, einen harmonisch-geselligen Abend im Schwimmbad.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

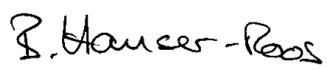


Joe Brunner

Die Stimmenzählerinnen



Johanna Dalla Bona



Bernadette Hauser-Roos

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerinnen:



Petra Burkhardt



Yvonne Rösli



Andrea Sgrist